



- 3 Horst Matzerath und das
NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln
Reinhard Rürup

- 13 Textilien als Quellen der
Erinnerung und Dokumente der Geschichte
Textile Realien – Teil 1
Bärbel Schmidt

- 24 Holocaust, Genozid und die Macht der Definition
Erik D. Weitz

- 32 Ein Haus mit vielen Gesichtern
Das Polizeipräsidium Wuppertal als lokale Topografie
des NS-Terrors und historischer Lernort
Michael Okroy

- 41 Veranstaltungen

- 45 Literaturhinweise

Titelfoto:

Restaurierungsarbeiten einer ehemaligen Gestapo-Zellen im Kölner EL-DE-Haus, 1999

Foto: Michael Thuns/LVR-Rheinisches Amt für Denkmalpflege.

Siehe hierzu auch den Beitrag von Reinhard Rürup in diesem Heft.

Horst Matzerath und das NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln

Reinhard Rürup¹

Mit dem »Kulturpreis Köln« werden Menschen ausgezeichnet, die einen bedeutenden Beitrag zum kulturellen Leben der Stadt geleistet und in ihrem Schaffen auch über die Grenzen der Stadt hinaus Anerkennung gefunden haben. Es ist naheliegend, dabei in erster Linie an Künstlerinnen und Künstler zu denken oder an Personen, die sich besonders intensiv zugunsten der Förderung der Künste engagiert haben. Daß die Juroren sich in diesem Jahr für einen Historiker entschieden haben, ist ungewöhnlich, und daß es dabei um die Aufarbeitung und öffentliche Präsentation der Geschichte Kölns in der Zeit des Nationalsozialismus geht, macht die Sache noch bemerkenswerter. Ich möchte deshalb allen an der Preisverleihung Beteiligten zu dieser ebenso mutigen wie überzeugenden Entscheidung, die hoffentlich Schule machen wird, sehr herzlich gratulieren.

Mit dem Preis wird ein Lebenswerk gewürdigt, in dessen Zentrum die Schaffung des NS-Dokumentationszentrums der Stadt Köln im EL-DE-Haus (die Abkürzung ist inzwischen auch den Nicht-Kölnern ein Begriff) steht.² 1980, mitten in seinem Habilitationsverfahren für Neuere Geschichte an der Freien Universität Berlin, wurde Horst Matzerath auf die neugeschaffene Stelle für den Aufbau eines NS-Dokumentationszentrums im Kölner Stadtarchiv berufen. Im Mai 2002 ist er als Direktor des Zentrums, das Gedenkstätte und Ausstellungsort, Sammlungs- und Forschungseinrichtung, Bibliothek und Bildungsstätte ist, mit großen Ehren – und mindestens ebenso großem Bedauern – in den Ruhestand verabschiedet worden. Dazwischen liegen fast 22 Jahre intensiver wissenschaftlicher, aber auch organisatorischer und pädagogischer Arbeit, zu der immer auch das Wirken in der Öffentlichkeit, in Politik und Gesellschaft, gehörte. Schon früh ist ihm eine »enorme Arbeitsbelastung« bescheinigt worden³, und es unterliegt keinem Zweifel, daß das heute so erfolgreiche Dokumentationszentrum im EL-DE-Haus, für das sich viele Bürger dieser Stadt nachdrücklich eingesetzt haben, ohne seine Beharrlichkeit, seinen offensichtlich unerschütterlichen Optimismus, aber auch seine wissenschaftliche Kompetenz nicht entstanden wäre.

Blickt man auf die Geschichte und insbesondere die lange und mühsame Vorgeschichte des NS-Dokumentationszentrums in Köln, so wird rasch deutlich, daß es sich um ein Vorhaben handelt, das über weite Strecken typisch für das Ringen um eine kritische Aneignung der Geschichte des Nationalsozialismus in Deutschland ist. In der alten Bundesrepublik gab es Jahrzehnte lang ein nur geringes Interesse an der Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit. Das galt für die großen Verbrechen des NS-Systems, und es galt erst recht für die Verhältnisse vor Ort, in den Städten und Gemeinden, den Kirchen und Betrieben, den Universitäten und Schulen, den Vereinen oder den Berufsgruppen. Die große Mehrheit der Bevölkerung beschäftigte sich mit den eigenen Leiden in den Bombennächten, auf der Flucht, in der Gefangenschaft und in den Hungerjahren. Das, was in der neueren Forschung die »Vergangenheitspolitik« der frühen Nachkriegszeit genannt worden ist, hatte nicht die Besserstellung der Opfer

des NS-Regimes zum Ziel, sondern die Sicherung, materielle Versorgung und politisch-gesellschaftliche Integration der früheren Träger des Systems, die von den alliierten »Säuberungen«, den Prozessen und Entnazifizierungsverfahren betroffen waren.⁴ Zwar gab es auf der normativen Ebene eine scharfe Abgrenzung der jungen Bundesrepublik gegenüber Nationalsozialismus und Antisemitismus, doch betätigte man sich im Alltag eindeutig im Sinne einer Verwischung dieser Grenzen.

Unter diesen Umständen fanden auch die Orte der nationalsozialistischen Verbrechen, die Stätten des Leidens und Sterbens, nur geringe Aufmerksamkeit. Die ersten Gedenkstätten wurden, häufig in provisorischer Form, von den Überlebenden der Verfolgung errichtet, von der großen Mehrheit aber wenig beachtet. Wo es sich nicht vermeiden ließ, wurden, wie in Bergen-Belsen oder Dachau, eher unauffällige, möglichst wenig provozierende, offizielle Gedenkanlagen geschaffen. Wichtige Orte des nationalsozialistischen Terrors, die an die Gestapo oder die SS erinnerten, blieben völlig unbeachtet und gerieten rasch in Vergessenheit, was selbst für die Zentralen der Gestapo und des Reichssicherheitshauptamtes, für den Sitz des Volksgerichtshofes, das Haus der Wannseekonferenz oder die Zentrale der »T 4-Aktion«, d.h. der »Euthanasie«-Morde, in Berlin galt. Eine Geschichtspolitik, die auf Aufklärung und – so weit überhaupt möglich – auf Anschauung setzte, gab es nicht. Selbst die ersten großen Prozesse über NS-Gewaltverbrechen wie der Ulmer »Einsatzgruppen-Prozeß« ab 1958 und der Frankfurter Auschwitz-Prozeß ab 1963 beunruhigten nur einen sehr kleinen Teil der Bevölkerung – an den deutschen Universitäten gab es beispielsweise kaum eine Reaktion. Nur sehr langsam änderte sich das Klima, wenn auch die Rebellion der Studenten und die Regierung Brandt erste Zeichen setzten und auf der Ebene der großen symbolischen Handlungen der Kniefall Willy Brandts vor dem Denkmal des Warschauer Ghettos gar nicht zu überschätzen ist.

Erst in den achtziger Jahren entwickelte sich im Umgang mit dem Erbe des Nationalsozialismus eine neue gesellschaftliche Dynamik, deren Kraft sich bis heute nicht erschöpft hat. Das hing mit der sogenannten »Geschichtsbewegung« zusammen, die zuerst in Großbritannien und in Schweden zu beobachten war und der Devise folgte: »Grabe, wo du stehst«, d.h. beschäftige dich mit der Geschichte »vor Ort«, in deinem eigenen Lebens- und Erfahrungsbereich⁵. In Deutschland galten die entsprechenden Aktivitäten aus naheliegenden Gründen vor allem der vergessenen und auch verdrängten Geschichte des Nationalsozialismus. Bürgerinitiativen unterschiedlichster Art spürten nun Orte der jüdischen Geschichte, KZ-Außenlager, Kriegsgefangenenlager, Zwangsarbeiterlager, Polizeigefängnisse und vieles andere mehr auf. Sie sicherten die Spuren der Geschichte und entdeckten zugleich die »vergessenen Opfer«: die Opfer der Krankenmorde und der Zwangssterilisierungen, die Homosexuellen und diejenigen, die von den Nationalsozialisten als »Gemeinschaftsfremde« verfolgt wurden, die Sinti und Roma und die Zwangsarbeiter, die Kriegsgefangenen und die Opfer der Wehrmachtsjustiz. Diese Geschichte sah anders aus als in den Geschichtsbüchern, sie wurde »von unten« in den Blick genommen, als ein Teil unserer Gesellschaftsgeschichte verstanden und in demokratischen Bildungsprozessen angeeignet.

So entstand in der alten Bundesrepublik in den achtziger Jahren eine überwiegend von lokalen und regionalen Bürgerinitiativen getragene Erinnerungslandschaft, die sich an den konkreten Orten des Geschehens orientierte, die man nun als »authentische Orte« bezeichnete. Diese Landschaft hatte, anders als in der DDR, wo es seit den späten fünf-



Aufbau der Dauer-
ausstellung in
NS-Dokumentations-
zentrum Köln
Foto: Rheinisches
Bildarchiv, Köln

ziger Jahren die drei großen »Nationalen Mahn- und Gedenkstätten« in Buchenwald, Ravensbrück und Sachsenhausen gab, eine eindeutig dezentrale Struktur. In ihr spielte die Erinnerung an die Geschichte und die Verfolgung der Juden eine bedeutende Rolle, doch wurden, wie erwähnt, nun auch andere Opfergruppen berücksichtigt. Die dezentrale Struktur war und ist offen für neue Entdeckungen und neue Akzentsetzungen. Sie hat es auch möglich gemacht, die Orte der Täter, vor allem in Form von Gestapoquartieren, in das öffentliche Bewußtsein zurückzuholen. Neben das Gedenken ist so die kritische Selbstbefragung unserer Gesellschaft getreten: Wer waren die Täter? Was waren die Motive ihres Handelns? Unter welchen politischen und gesellschaftlichen Voraussetzungen werden Verbrechen, wie sie im Nationalsozialismus verübt wurden, möglich? Warum konnten viele der NS-Verbrecher möglich, nach 1945 ohne besondere Auffälligkeiten in eine bürgerliche Existenz zurückzukehren? Das sind Fragen, die immer wieder gestellt und möglichst präzise beantwortet werden müssen. Wir sind den Opfern des NS-Terrors gegenüber verpflichtet, sie und ihr Leiden nicht in Vergessenheit geraten zu lassen, wir müssen ihrer öffentlich gedenken. Aber wir sind auch zur kritischen Aufarbeitung der Geschichte, zur Aufklärung unserer eigenen Gesellschaft verpflichtet.

Dieser Klimawechsel erfaßte spätestens ab Mitte der achtziger Jahre auch die Politik in Deutschland. Die Spurensicherungen und Rekonstruktionen, die Denkmale und Gedenkstätten an den historischen Orten fanden die Unterstützung der kommunalen und regionalen Parlamente und Verwaltungen. Die Initiativen gingen in der Regel von den Bürgern aus, aber finanziert wurden die vielen erfolgreichen Projekte durchweg von der öffentlichen Hand. Entgegen manchen Befürchtungen haben das Ende der DDR und die Wiederherstellung der deutschen Einheit nicht zu einem Abbruch der hier skizzierten Entwicklungen geführt. Die befürchtete »Normalisierung« im Sinne des sogenannten »Schlußstrichs« unter die Geschichte des Nationalsozialismus hat es nicht gegeben. Im Gegenteil: Unter den Bedingungen der unverhofften politischen

Einheit erschien vielen Bürgern, vor allem aber der Politik und den Medien die konkrete Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit dringender denn je.

Richten wir nun den Blick auf die Entwicklungen in Köln, so unterscheidet sich die Ausgangssituation allenfalls in Nuancen von dem, was für die Frühgeschichte der Bundesrepublik allgemein festzustellen ist⁶. Horst Matzerath hat in einem seiner wichtigen Aufsätze darauf aufmerksam gemacht, daß Konrad Adenauer im Juli 1945 in einer Adresse an die Bewohner Kölns die Schuldfrage in bemerkenswerter Klarheit beantwortete: »Wir tragen Schuld an unserem Unglück: wir müssen uns darüber klar werden. Die einen haben gesündigt durch die Tat, die anderen durch ihr teilnahmsloses Zusehen...«⁷ Doch schon am 1. Oktober 1945, bei der Eröffnung der Stadtverordnetenversammlung, wandte er sich mit den Worten an die Bürgerschaft: »Schuld an diesem namenlosen Jammer, an diesem unbeschreiblichen Elend sind jene Fluchwürdigen, die in dem unseligen Jahre 1933 an die Macht kamen, jene, die den deutschen Namen vor der ganzen zivilisierten Welt mit Schmach bedeckt und geschändet haben, unser Reich zerstörten, die unser verführtes und gelähmtes Volk, als ihr eigener, mehr als verdienter Untergang gewiß war, planmäßig und bewußt in das tiefste Elend gestürzt haben. (...) Wir, Sie und ich, sind nicht die Schuldigen an diesem Elend.«⁸ Damit war nicht nur die Leitlinie der deutschen Politik in den folgenden Jahren, sondern auch das weit verbreitete Selbstverständnis der deutschen Bevölkerung zum Ausdruck gebracht. Eine ehrliche, die lokalen Verhältnisse einbeziehende Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte war auch in Köln für lange Zeit blockiert. Bezeichnenderweise blieben die ersten konkreten, auch fordernden Hinweise auf die für den Regierungsbezirk Köln zuständige Gestapo-Stelle und vor allem das Gestapogefängnis im EL-DE-Haus in den sechziger Jahren weitgehend folgenlos.

Erst von den späten siebziger Jahren an entwickelte sich eine von kritischen Bürgerinnen und Bürgern getragene Bewegung, die ihren Ausdruck u.a. in der Bildung einer »Initiative für ein Dokumentationszentrum im EL-DE-Haus« im Jahre 1978 und seit Anfang 1979 (nach der Ausstrahlung des »Holocaust«-Fernsehfilms) in Aufsehen erregenden Demonstrationen fand. Nach intensiven öffentlichen Diskussionen beschloß die Stadtverordnetenversammlung im Dezember 1979 die Einrichtung einer Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus in den als Gefängnis genutzten Kellerräumen der Kölner Gestapozentrale und die »Einrichtung eines Dokumentationszentrums über die Zeit des Nationalsozialismus in Köln beim Historischen Archiv«. Köln gehörte damit zu den ersten deutschen Großstädten, die bereit waren, das Gedenken und die öffentliche Aufklärung über die Zeit des Nationalsozialismus zu einer Angelegenheit städtischer Politik zu machen – wenn auch in einem zunächst sehr bescheidenen Rahmen. Die Gedenkstätte im EL-DE-Haus – mit der Konservierung und Restaurierung von rund 1800 Wandbeschriftungen, die von Ende 1943 bis 1945 von russischen, ukrainischen, französischen, holländischen, auch deutschen Häftlingen verfaßt wurden – konnte rasch realisiert und schon im Dezember 1981 eröffnet werden, das »Zentrum« bestand dagegen für viele Jahre lediglich aus einer einzigen BAT IIa-Stelle im Stadtarchiv. Daß daraus trotzdem etwas geworden ist, was heute aus dem Leben der Stadt nicht mehr fortzudenken ist und darüber hinaus eine Modellfunktion für andere Städte hat, ist der Tatsache zu verdanken, daß man bei der Besetzung dieser Stelle einen Glücksgriff tat. Denn von diesem Zeitpunkt an ist die Entwicklung dieses Gedenk- und Lernortes untrennbar mit der Person von Horst Matzerath verbunden.



Links: Zellentrakt im Keller der Kölner Gestapo im EL-DE Haus
Rechts: Dauerausstellung des NS-Dokumentationszentrum Köln
Beide Fotos: NS-Dokumentationszentrum Köln

Der aus dem Rheinland stammende, fünfzehn Jahre lang in Berlin tätige Historiker konnte 1980 bereits auf ein umfangreiches wissenschaftliches Werk zurückblicken. Er hatte eine grundlegende Studie unter dem Titel »Nationalsozialismus und kommunale Selbstverwaltung« veröffentlicht, die von Wolfgang Hofmann mit Recht als »eine Pionierarbeit (...) der sich entfaltenden Stadt- und Kommunalgeschichte« bezeichnet worden ist und ihren Verfasser zugleich als einen vorzüglichen Kenner der NS-Geschichte auswies⁹. Horst Matzerath war zunächst Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Kommunalwissenschaftlichen Forschungszentrum, dem heutigen Deutschen Institut für Urbanistik, dann Wissenschaftlicher Assistent und Assistenzprofessor an der Freien Universität Berlin, wo er im Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte und zugleich in einem interdisziplinären Forschungsprojekt »Historische Modernisierungsforschung« arbeitete. Er hatte bis zu seinem Wechsel nach Köln zahlreiche Fachaufsätze, u.a. über »Modernisierung und Nationalsozialismus« oder über »Die Selbstfinanzierung der NSDAP 1930–32« (mit Henry Turner von der Yale University)¹⁰, veröffentlicht, wichtige Sammelbände betreut und nicht zuletzt die »Informationen zur modernen Stadtgeschichte« mitbegründet, denen er drei Jahrzehnte lang als Redakteur verbunden geblieben ist¹¹. Abgeschlossen war nicht zuletzt auch seine große Habilitationsschrift über den Prozeß der Urbanisierung in Preußen zwischen 1815 und 1914, die Mitte der achtziger Jahre als Buch erschien¹².

Es war also ein ausgesprochener Kenner der modernen Stadtgeschichte und der Geschichte des Nationalsozialismus, der sich 1980 an den Aufbau des zunächst nur auf dem Papier existierenden Zentrums machte. »Die Aufgabe der NS-Dokumentation für Köln ist«, formulierte er zwei Jahre später, die ersten Einsichten und Erfahrungen zusammenfassend, »vor allem die Frage nach Aufstieg und Entwicklungsbedingungen der Nationalsozialisten vor 1933 in Köln, nach Aufbau und Ausbau der nationalsozialistischen Herrschaft im lokalen Bereich nach 1933, nach Lebensbedingungen und Verhalten der Kölner Bevölkerung, nach wichtigen wirtschaftlichen, sozialen und

kulturellen Veränderungen in diesem Zeitraum, nach den Auswirkungen von Bombenkrieg und Zerstörung.« Und als erfahrener Historiker fügte er gleich hinzu: »Das Interesse gilt dabei auch solchen Entwicklungen, die nicht oder nicht auf den ersten Blick erkennbar als nationalsozialistisch anzusehen sind. Erst auf dieser Grundlage lassen sich die spezifischen Merkmale des Nationalsozialismus in Köln herausarbeiten und Erscheinungen wie die des Widerstandes als eine der unterschiedlichen Formen politischen Verhaltens genauer einordnen.«¹³ Das war ein anspruchsvolles Programm, das weit über das hinauswies, was sonst im Rahmen von Gedenkstätten geleistet wird. Gemeint war von Anfang an eine kritische Stadtgeschichte der Jahre 1933 bis 1945, die nicht nur das Spektakuläre, sondern auch das Alltägliche in den Blick nimmt, die das Verständnis der nationalen und internationalen Zusammenhänge mit der Genauigkeit im lokalen Detail verbindet, die nach Handlungsspielräumen und individueller Verantwortung fragt, aber auch, wo immer nötig, das entschiedene Urteil nicht scheut.

Die Einsicht, daß eine solche Geschichte erst am Ende eines langen Prozesses stehen kann, wirkte erfreulicherweise nicht lähmend, sondern anspornend. So begannen die Arbeiten an einem »Quelleninventar Köln 1933–1945« und an einer »Ersatzdokumentation« für die zerstörten Akten der Stadt und vieler anderer Einrichtungen. Früher als anderswo wurde die Bedeutung von Zeitzeugenberichten erkannt, die in großer Zahl – inzwischen sind es über 500 – initiiert, gesammelt und auch ausgewertet wurden. Ähnliches gilt für die Sicherung der noch immer unterschätzten bildlichen Überlieferung zur NS-Geschichte, so daß das Dokumentationszentrum heute über mehr als 20 000 Fotos zur Geschichte Kölns in der NS-Zeit verfügt – eine Sammlung, um die die Stadt in vielen anderen Orten beneidet wird. Früh begonnen, wenn auch erst mit deutlichem Abstand abgeschlossen, wurde auch das wichtige Gedenkbuch für »Die jüdischen Opfer des Nationalsozialismus aus Köln«.¹⁴ Daneben mußten in rasch wachsendem Umfang öffentliche Aufgaben wie die Betreuung von Gedenktafelprogrammen oder die Beratung der Stadt in Fragen des Umgangs mit der NS-Geschichte wahrgenommen werden – und das alles im »Ein-Mann-Betrieb« mit allenfalls temporärer Unterstützung im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen.

Da sich auch im Hinblick auf die gewünschte Nutzung des EL-DE-Hauses durch das Dokumentationszentrum nichts bewegte, spitzte sich die Situation ab Mitte der achtziger Jahre noch einmal zu. Die öffentlichen Diskussionen und Proteste gegen eine städtische Politik des Abwartens und Verzögerns gipfelten im März 1987 in einer Aktion, über die die »Kölnische Rundschau« unter der Überschrift »Das Rechtsamt gestürmt. Demonstranten fordern NS-Dokumentationszentrum im EL-DE-Haus« berichtete.¹⁵ Noch im Juni des gleichen Jahres kam es daraufhin zu dem eigentlichen Gründungsbeschluß des Rates der Stadt Köln für das Dokumentationszentrum, das nun auch mit Personal- und Sachmitteln ausgestattet und mit seinen Büros und der Bibliothek im EL-DE-Haus untergebracht wurde. Es dauerte weitere fünf Jahre, ehe man sich dazu durchringen konnte, das Dokumentationszentrum in vollem Umfang – d. h. vor allem mit der Dauerausstellung »Köln im Nationalsozialismus« und Raum für Sonderausstellungen – am historischen Ort zu realisieren, und noch einmal sechs Jahre wurden für die nötigen Umbauten und die konkreten Vorarbeiten benötigt, ehe schließlich im Juni 1997 die feierliche Eröffnung durch den Oberbürgermeister erfolgen konnte. Das war eine lange Zeit, und es war ein mühsamer Weg – aber am Ende war das erreicht, was all denen vorgeschwebt hatte, die sich fast zwei Jahrzehnte lang allen Widerständen zum Trotz



Verleihung des »Kulturpreis Köln« 2002 an Horst Matzerath (2. v. l.)
Foto: Siegfried Mayska, Mayska Werbung

für das Zentrum eingesetzt hatten. Ein Jahr nach der Eröffnung wurde das NS-Dokumentationszentrum zu einer eigenen Dienststelle der Stadt und damit aus der Obhut des Historischen Archivs entlassen, in dem es zuletzt eine Abteilung gebildet hatte. Es entsprach dieser Entwicklung, daß sich inzwischen auch die spontane Bürger-»Initiative« in einen eingetragenen »Förderverein des NS-Dokumentationszentrums« verwandelt hatte.

Es war zweifellos eine richtige Entscheidung, Gedenkstätte und Dokumentation im EL-DE-Haus unter einem Dach zusammenzuführen, sie zugleich aber deutlich voneinander zu trennen. So ermöglicht die Gedenkstätte in den früheren Gefängnisräumen die unmittelbare Begegnung mit dem historischen Ort und nicht zuletzt auch den handschriftlichen Hinterlassenschaften der dort inhaftierten Menschen. Es wird kaum einen Besucher unberührt lassen, wenn er die Zellen sieht und im Original oder in Übersetzungen die lapidare Feststellung liest: »Die Gestapo besteht aus lauter Sadisten.« Oder einen Satz des Aufbegehrens und der Selbstbehauptung wie: »In diesem Gefängnis sitzt kein Gesindel, sondern Hollands Ruhm, verdammt noch mal!« Oder die hier geradezu beschwörend wirkende Volksweisheit: »Gottes Mühlen mahlen langsam, aber sicher.« Demgegenüber setzt die Dauerausstellung in erster Linie auf Information und Argumentation. Auch hier lösen viele der Bild- und Textdokumente Emotionen aus, im Vordergrund aber steht die Vermittlung von Kenntnissen und Einsichten. Deshalb beschränkt man sich aus guten Gründen auch nicht auf die – in der früheren Gestapo-Dienststelle naheliegende – Darstellung des nationalsozialistischen Terrors, sondern entschied sich unter dem Titel »Köln im Nationalsozialismus« für eine weit aufgefächerte Darstellung der Geschichte der Stadt und ihrer Menschen unter nationalsozialistischer Herrschaft. Das schließt den sorgfältigen Umgang mit den in diesen Jahren verübten Verbrechen, mit den Opfern und den Tätern ein, klammert aber auch den Alltag und die Erfahrung des Krieges mit allen seinen Zerstörungen und Verstörungen nicht aus. Es ist eine ebenso material- wie perspektivenreiche Ausstellung, die nicht nur einen gegebenen Forschungsstand repräsentiert, sondern in beträchtlichem Umfang auch eigene Forschungsergebnisse zeigt.

Daß die Dauerausstellung den großen Erwartungen, die sich auf sie richten, gerecht wird, ist vor allen anderen das Verdienst von Horst Matzerath, der nicht nur der verantwortliche Leiter, sondern auch Motor und Herz des ganzen Unternehmens war. Hier war er als Historiker in seinem Element, hier konnte er aber auch die große Erfahrung einbringen, die er in nunmehr fast fünfzehn Jahren als Initiator, Autor und Organisator von Sonderausstellungen gewonnen hat. Das begann 1988 mit der Ausstellung »Jüdisches Schicksal in Köln 1918–1945«, und es hat vor allem seit 1998 zu einer dichten Folge wichtiger Präsentationen geführt: von der »Wehrmachtsausstellung« zur »Kinderlandverschickung aus Köln und Umgebung 1941 bis 1945«, von dem »Völkermord an den Sinti und Roma« bis zu »Betrifft: ›Aktion 3‹: Deutsche verwerten jüdische Nachbarn (Aktenstücke der Oberfinanzdirektion Köln)« oder zu »Wessen Freund und Helfer? Die Kölner Polizei im Nationalsozialismus«, um nur einige wenige Titel zu nennen. Das EL-DE-Haus ist inzwischen ein sehr begehrter Ausstellungsort für zeitgeschichtliche Dokumentationen, aber auch für künstlerische Auseinandersetzungen mit dem Nationalsozialismus geworden. Das große Ansehen, das das Dokumentationszentrum heute als Museumseinrichtung genießt, hat vor zwei Jahren seinen Ausdruck auch in einer Auszeichnung durch den Europäischen Museums Rat, den European Museum Council, gefunden.

Beeindruckend ist die Zahl der von Horst Matzerath in seiner Funktion als Leiter des NS-Dokumentationszentrums bearbeiteten, betreuten und herausgegebenen Bände. Dabei handelt es sich teils um Kataloge zu den im Haus erarbeiteten Ausstellungen, teils um Dokumentationen und Sammelbände zur Kölner NS-Geschichte. Auch in der 1994 begründeten Schriftenreihe des Dokumentationszentrums ist inzwischen eine stattliche Reihe von Bänden erschienen¹⁶. Darüber hinaus aber ist Horst Matzerath immer auch als ein Historiker in Erscheinung getreten, dessen Blick weit über die Kölner Stadtgeschichte und den Nationalsozialismus hinausreicht. Er hat regelmäßig als Privatdozent und später außerplanmäßiger Professor an der Universität Duisburg gelehrt und hat lange Jahre im Kuratorium für vergleichende Stadtgeschichte in Münster mitgearbeitet. Er hat einen wichtigen Sammelband über Stadt und Verkehr herausgegeben und war mit Christian Engeli auch Herausgeber eines Handbuchs zur »Modernen Stadtgeschichtsforschung in Europa, USA und Japan«¹⁷. Wer einen Blick in die Festschrift »Nationalsozialismus und Regionalgeschichte« wirft, die ihm anlässlich seines 65. Geburtstages gewidmet worden ist, wird mit Erstaunen und Respekt die Fülle gewichtiger Fachpublikationen registrieren, die Horst Matzerath der sogenannten »Freizeit« neben seinem *full-time job* im NS-Dokumentationszentrum abgerungen hat. Als letzter Beitrag ist in der Festschrift ein Vortrag wiederabgedruckt worden, den Horst Matzerath 1999 im Jahrbuch des Kölner Geschichtsvereins veröffentlicht hat. Er trägt den Titel »Kann man die Geschichte Kölns im Nationalsozialismus schreiben?«, wobei der Verfasser gleich einräumt, daß diese Frage zumindest teilweise rein rhetorisch ist¹⁸. Ich möchte hinzufügen: Er hat durch seine eigenen Arbeiten seit 1980 bewiesen, daß man sie schreiben kann, vor allem aber: daß er sie schreiben kann. Der Rückblick auf das bisher Geleistete mündet deshalb an dieser Stelle mit einer gewissen Notwendigkeit in den Wunsch, daß es ihm möglich sein wird, zumindest einen Teil der durch den Übergang in den Ruhestand gewonnenen Zeit für den erfolgreichen Abschluß dieses schon seit längerer Zeit geplanten Werkes zu nutzen, über dessen Wichtigkeit ich an dieser Stelle keine weiteren Worte zu verlieren brauche.



Links: Horst Matzerath bei einer Führung durch die Dauerausstellung
Foto: Rheinisches Bildarchiv, Köln
Rechts: Besucher in der Dauerausstellung, 1998
Foto: Michael Wiesehöfer, NS-Dokumentationszentrum Köln

Wer sich kritisch mit der Geschichte des Nationalsozialismus beschäftigt, wird stets den Schwankungen der öffentlichen Meinungen ausgesetzt sein. Selbst der unbestrittene Erfolg solcher Bemühungen schützt nicht immer zuverlässig vor plötzlichen Krisen, wie die glücklich überstandenen Diskussionen des vergangenen Sommers über eine Zusammenlegung des NS-Dokumentationszentrums mit dem Stadtmuseum beweisen. Andererseits ist nicht zu übersehen, daß das Interesse an der Geschichte des Nationalsozialismus mit dem wachsenden zeitlichen Abstand nicht ab-, sondern zugenommen hat. Das hat sicher mit Generationswechseln zu tun, aber auch damit, daß das ganze Ausmaß der nationalsozialistischen Verbrechen erst in den letzten zwei Jahrzehnten in das Bewußtsein größerer Bevölkerungsgruppen eingedrungen ist. Und noch immer sind die Forschungen nicht an ihr Ende gelangt. Neue Bücher und die daraus resultierenden Diskussionen zeigen ständig aufs neue, daß alles noch viel schlimmer war, als man bis dahin angenommen hatte. Nur zögernd hat man die »vergessenen Opfer« des NS-Terrors wahrgenommen, nur widerwillig akzeptiert, daß »im Osten« ein Vernichtungskrieg geführt wurde, an dem große Teile der Wehrmachtführung und viele »ganz normale Deutsche« – d.h. Söhne, Ehemänner, Familienväter – beteiligt waren, und selbst im Hinblick auf die Juden ist nur sehr allmählich wahrgenommen worden, daß es sich bei dem Mordgeschehen nicht nur um einen arbeitsteiligen, scheinbar anonymen Prozeß handelte, sondern auch um Bluttaten eines bis dahin unbekannten Ausmaßes, die im direkten Gegenüber zu den Opfern, auch Frauen und Kindern, verübt wurden. Und schließlich: Es ist gar nicht mehr zu bestreiten, daß der Kreis der Täter und der Mitwisser sehr viel größer war (und bis weit in die Mitte der deutschen Gesellschaft hineinreichte), als die ebenso verbreitete wie bequeme These wahrhaben will, daß es sich nur um eine kleine, deutlich abgrenzbare Zahl von SS- und Gestapo-Männern gehandelt habe.

Wir wissen noch immer nicht genau, welche Wirkung die Arbeit von Gedenkstätten und anderen Einrichtungen, die sich der Aufklärung über die Zeit des Nationalsozialismus widmen, tatsächlich hat. Die Besucherforschung ist für den Bereich der zeitgeschicht-

lichen Dokumentationen noch weniger entwickelt, als es schon für die klassischen Museen der Fall ist. Dennoch gibt es gute Gründe, diese Arbeit in der gegenwärtigen Gesellschaft, aber auch in der Zukunft für wichtig zu halten. Man muß wissen, was eine rassistische Ideologie und eine menschenverachtende, totalitäre Diktatur bedeuten, um den Anfängen rechtzeitig wehren zu können. Es gibt meines Erachtens kaum ein stärkeres Argument für die Sicherung und den Ausbau einer freiheitlichen und demokratischen Ordnung als den Blick auf ein politisches System, das einer auf die Menschen- und Bürgerrechte gegründeten Ordnung diametral entgegengesetzt ist. Wer einmal den Nationalsozialismus und seine Verbrechen wirklich zur Kenntnis genommen hat, wird nicht mehr leichtfertig auf die Sicherungen des Rechtsstaates, auf die Kontrolle der Macht durch freie Wahlen, auf das Prinzip der Gewaltenteilung oder auf den Pluralismus der Gesellschaft statt einer erzwungenen Homogenität verzichten wollen. Genau deshalb wird die kritische Auseinandersetzung mit dem Erbe des Nationalsozialismus auch künftig grundlegend für das bürgerliche Engagement und für die demokratische Substanz unserer Gesellschaft sein. Und deshalb freue ich mich mit Ihnen darüber, daß der »Kulturpreis Köln« für das Jahr 2002 Horst Matzerath und mit ihm dem NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln verliehen wird.

Prof. Dr. Reinhard Rürup,
emeritierter Professor
für Neuere Geschichte
an der Technischen
Universität Berlin, hat
das Ausstellungsprojekt
»Topographie des
Terrors« von Beginn an
geleitet und ist wissen-
schaftlicher Direktor der
gleichnamigen Stiftung.

Anmerkungen

- 1 Laudatio anlässlich der Verleihung des »Kulturpreises Köln« an Horst Matzerath, am 6. November 2002 im Festsaal des Wallraf-Richartz-Museums in Köln.
- 2 Die Abkürzung steht für die Initialen des Kölner Goldwaren- und Uhrengroßhändlers Leopold Dahmen, der am Appellhofplatz ein größeres Wohn- und Geschäftshaus errichten ließ, das seit seiner Fertigstellung im Dezember 1935 Sitz der Geheimen Staatspolizei für den Regierungsbezirk Köln war.
- 3 So Ende Juni 1985 in einer Stellungnahme der Personalvertretung des Historischen Archivs der Stadt Köln an die Adresse der Kölner Verwaltung und Politik, vgl. Barbara Becker-Jäckli u.a., Von der »Stelle« zum »Zentrum«. Horst Matzerath und das NS-Dokumentationszentrum, in: dies. (Hg.), Nationalsozialismus und Regionalgeschichte. Festschrift für Horst Matzerath, Köln 2002, S. 32–48, hier S. 34.
- 4 Vgl. Norbert Frei, Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München 1996.
- 5 Vgl. Hannes Heer und Volker Ullrich (Hg.), Geschichte entdecken. Erfahrungen und Projekte der neuen Geschichtsbewegung, Reinbek bei Hamburg 1985.
- 6 Vgl. hierzu vor allem den Band: Köln im Nationalsozialismus. Ein Kurzführer durch das EL-DE-Haus, hg. vom NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln, Köln 2001.
- 7 Zitiert nach Horst Matzerath, Kann man die Geschichte Kölns im Nationalsozialismus schreiben?, in: Nationalsozialismus und Regionalgeschichte (Anm. 3), S. 320.
- 8 Zitiert ebenda.
- 9 Horst Matzerath, Nationalsozialismus und Kommunale Selbstverwaltung, Stuttgart 1970; vgl. Wolfgang Hofmann, Horst Matzeraths Beitrag zur neueren Stadtgeschichte, in: Nationalsozialismus und Regionalgeschichte (Anm. 3), S. 10–17, hier S. 12.
- 10 Horst Matzerath und Henry A. Turner, Die Selbstfinanzierung der NSDAP 1930–1932, in: Geschichte und Gesellschaft 3, 1977, S. 59–92.
- 11 Informationen zur modernen Stadtgeschichte, halbjährlich, Köln 1970 ff.
- 12 Horst Matzerath, Die Urbanisierung in Preußen 1815–1914, Stuttgart 1985.
- 13 Zitiert nach Barbara Becker-Jäckli u.a., Von der »Stelle« zum »Zentrum« (Anm. 3), S. 33.
- 14 Die jüdischen Opfer des Nationalsozialismus aus Köln. Gedenkbuch, bearbeitet vom NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln, Köln 1995.
- 15 Kölnische Rundschau, 17.3. 1987.
- 16 Siehe hierzu die Verzeichnisse in Nationalsozialismus und Regionalgeschichte (Anm. 3), S. 342 ff., und in Köln im Nationalsozialismus (Anm. 6), S. 224 ff.
- 17 Horst Matzerath (Hg.), Stadt und Verkehr im Industriezeitalter, Köln 1996; Christian Engeli und Horst Matzerath (Hg.), Moderne Stadtgeschichtsforschung in Europa, USA und Japan. Ein Handbuch, Stuttgart 1989 (engl. Ausgabe, Oxford 1989).
- 18 Vgl. Anm. 7.

Textilien als Quellen der Erinnerung und Dokumente der Geschichte

TEXTILE REALIEN – TEIL 1

Bärbel Schmidt

Ich werde Ihnen einleitend anhand eines textilen Beispiels, das nichts mit Konzentrationslagern zu tun hat, die Leistungsfähigkeit von Textilien, insbesondere von Kleidung, für die Erinnerung darstellen. Im Hauptteil komme ich dann zur gestreiften KZ-Häftlingskleidung. Nach einem kurzen Abstecher in die Geschichte der Gefangenenkleidung werde ich am Beispiel dieser speziellen Kleidung zeigen, welche Informationen Textilien bei einer Decodierung ihrer Spuren bereit halten. Abschließend gehe ich auf die Problematik der Dokumentation von Textilien, vor allem der Zebra-Kleidung, ein.

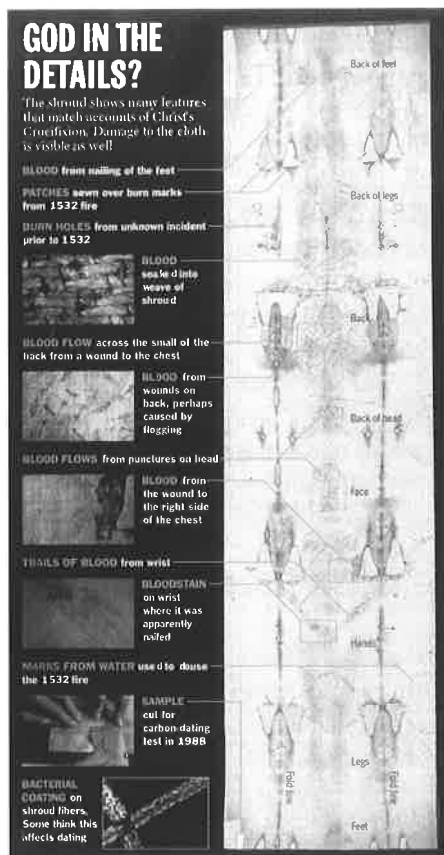
Textilien berühren, umhüllen und schützen den Körper nicht nur, sie schmücken den Menschen, der sie trägt und signalisieren, welcher Gruppe er sich zugehörig fühlt oder wie er sich in einer Hierarchie positioniert. Jedoch thematisieren textile Objekte immer auch den menschlichen Körper selbst, für den sie gemacht sind und an dem sie sich befinden. Auch wenn der Körper abwesend ist, lässt Kleidung diesen als fehlenden anwesend erscheinen, als Hülle, die das Umhüllte zwingt mitzudenken und mitzuphantasieren. Dieses Phänomen machen sich die Bauern zunutze, etwa wenn sie Gestelle mit menschlicher Kleidung behängen, um Vögel abzuschrecken. Die Vögel nehmen das Abwesende, den Körper, für anwesend. Ist er windbewegt, ist die Täuschung noch perfekter (siehe Abb.). Dass das so erzielte »Schreckbild«¹ dem verstandesgeleiteten Auge schließlich doch nur als ein Haufen Materials angesehen werden kann, ist bei Christian Morgenstern nachzulesen. Dort heißt es im letzten Vers seines Gedichtes »Die Vogelscheuche«: »Du bist ja nur ein bloßer Stock, mit Stiefeln, Hosen, Hut und Rock, Krah, krah, krah«².

Wie kaum ein anderes Objekt sind Textilien körpernahe Erinnerungsträger. Trotz ihrer Fragilität sind sie in der Lage, Spuren unterschiedlichster Art zu speichern. Johann Gustav Droysen hat schon Mitte des 19. Jahrhunderts in seiner Historik darauf verwiesen, dass alles »was die Spur von Menschengestalt und Menschenhand an sich trägt, von der Forschung als Material herangezogen werden«³ kann. Entscheidend sei, dass man diese Spur an den Resten erkennen und so eine Vorstellung von der Vergangenheit gewinnen könne, von denen sie Zeugnis geben. Das historische Material, Schriften wie Bauwerke oder Dinge des alltäglichen Gebrauchs, klassifiziert der Historiker in Überreste, Quellen und Denkmäler.⁴ Mit materiellen Spuren, die sich Dingen oder Orten eingeschrieben haben, beschäftigten sich Archäologen, Geologen, Künstlerinnen, Kunsthistoriker, Textilwissenschaftler und Kriminologen – um nur einige zu nennen. Ob bei Grabungen, Analysen bestimmter Landschaftsformen, Kunstaktionen oder der Aufklärung von Verbrechen, immer geht es um Spurensuche, Spurensicherung und Deutung der Spuren. Besonders Kriminalbeamte müssen sich in dem kriminaltechnischen Bereich der Spurensicherung auskennen. Sie müssen eine Spur erkennen, fachgerecht sichern und auswerten können. Dazu zählen auch für das Auge zunächst unsichtbare, mikroskopisch kleinste Spuren wie Staub, Schmutz, Pflanzen- oder Blutreste. Der Krimi-

nologe muss also auch Träger dieser Spuren gleichermaßen erkennen und sorgfältig sichern. Ein bemerkenswertes Beispiel der Spurensicherung und -deutung ist die Möglichkeit, Täter anhand der Sitz- und Gehfalten in Kleidungsstücken wie einer Jeans überführen zu können.

Ein Spurenträger besonderer Art ist das Grabtuch von Turin, das zahlreiche wissenschaftliche Disziplinen beschäftigt. Es handelt sich um ein 4,36 m langes und 1,10 m breites Tuch, in das der Überlieferung nach Josef von Arimathäa und Nikodemus⁵ den Körper Jesu Christi nach der Kreuzesabnahme eingehüllt haben sollen. Heute wird die Sindone im Dom von Turin verwahrt, wo sie zu besonderen Anlässen der Öffentlichkeit in einem aufwendigen Ritual gezeigt wird (siehe Abb.).

»God in the details«,
Times, No. 16,
20. April 1998, S. 48



Das Spannendste an dem Tuch sind die mit dem bloßen Auge sichtbaren Körperabdrücke eines Mannes in Vorder- und Rückansicht, über deren Zustandekommen und Echtheit sich Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen streiten. Die wohl aufregendste Entdeckung ist dem Fotografen Secondo Pia zu verdanken, der 1898 die erste Fotografie vom Grabtuch anfertigte. Sie gab den Tuchstudien und dem Kult der Reliquie einen neuen Impuls. Nach Aussagen Pias sei ihm fast die Fotoplatte aus der Hand gefallen, als er während der Entwicklung beobachtete, wie sich auf dem Fotonegativ die Figur eines Mannes im Positiv bildete (also so, wie wir gewohnt sind, es in Wirklichkeit zu sehen). Das bedeutet, dass die Abdrücke auf dem Grabtuch sich wie ein Bildnis in einem natürlichen Negativ verhalten. Ausnahmen bilden einige Blutflecke sowie Abdrücke von Verletzungen. Im Jahre 1931 konnte Giuseppe Enrie mit fortgeschrittenen technischen Möglichkeiten 12 weitere Fotografien einer besseren Qualität anfertigen. Diese Aufnahmen bestätigten die Außergewöhnlichkeit der Abdrücke auf dem Grabtuch. Bis 1969, als die Katholische Kirche Wissenschaftler/innen und einigen Laien zum ersten Mal gestattete, das reale Originaltuch zu untersuchen, basierten die Forschungen zum Grabtuch auf den Fotografien Pias und Enries. 1973 entnahmen Nonnen 17 Proben, vor allem Fäden von verschiedenen Stellen des Grabtuches sowie zwei 13 x 40 mm große Stoffstücke von der Seite des Tuches. 1988 wurde in drei Instituten unabhängig voneinander eine Radiocarbon-Untersuchung (C14-Methode) durchgeführt, anhand derer übereinstimmend

der Zeitpunkt der Entstehung des Tuches auf die Zeit zwischen 1260 und 1390 festgelegt werden konnte.⁶

Das größte, trotz fortgeschrittener technischer Verfahren heute noch ungelöste Rätsel ist das hell-dunkle Bildnis einer menschlichen Gestalt, die in Vorder- und Rückseite auf dem Tuch abgedrückt ist. Es handelt sich um einen etwa 1,80 m großen, bärtigen Mann. Die Färbung für die hervortretenden Körperteile, Stirn, Nase, Kinn, Brust ist intensiver, wobei sie in einem fließenden Übergang stellenweise ganz verschwindet. Untersuchungen zufolge stammt der Abdruck von einem Leichnam, der allerdings keine Spuren von Verwesung zurückgelassen hat. Demnach war der Körper nur so lange im Leichentuch eingewickelt, wie nötig war, um ein Abbild hervorzurufen. Eine

längere Verweildauer des Leichnams hätte durch den einsetzenden Verwesungsprozess zur Zerstörung des Abdrucks geführt. Die nicht deformierte Blutkruste ist ein Indiz dafür, dass der Körper äußerst vorsichtig entfernt worden sein muss.

Die Form und Färbung der Flecken an Stirn, Nacken, Puls, Füße und in der rechten Rippengegend unterscheiden sich vom übrigen Körper. Sie sind Karminrot, flach und somit ohne Relief. Sie haben deutliche Umrisse, haben also keinen fließenden Übergang nach außen hin. Wissenschaftliche Untersuchungen haben gezeigt, dass es sich bei diesen Spuren um menschliches Blut der Blutgruppe AB handelt.

Die zahlreichen kleinen Dreiecke sind Flicken, die Brandspuren bedecken. Am 4. Dezember 1532 brach in der Sakristei der Kapelle von Chamberry (Frankreich) ein Brand aus. Die Hitze führte dazu, dass der aus Silber bestehende Schrein, in dem das Tuch zusammen gefaltet lag, schmolz und die Silbertropfen den Stoff versengten. Die Flicken stammen von den Nonnen des Klosters der Armen Klarissinnen, die 1534 das Laken damit ausbesserten und gleichzeitig mit einem Stoff hinterlegten. Ebenfalls von diesem Brand rühren die auf dem Tuch sichtbaren Wasserverfärbungen her, die das Löschwasser verursachte.

Ich habe dieses Exempel gewählt, weil es auf eindrucksvolle Weise vermittelt, wie Textilien Spuren und somit Informationen speichern können. Betrachtet man das Textil als Quelle, deren Botschaften decodiert werden müssen, können mit kriminalistischer Detailarbeit und wissenschaftlichen Methoden Ereignisse der Vergangenheit aufgehellt werden. Zwar ist das Rätsel um das Zustandekommen des Abdrucks auf dem Grabtuch von Turin bis heute noch ungelöst, doch nähert man sich der Lösung Schritt für Schritt.

Ich habe dieses Beispiel darüber hinaus gewählt, weil es auch unsere Aufgabe in den Gedenkstätten auf symbolischer Ebene beschreibt. Es geht uns um die Menschen, die in den Lagern gequält und ermordet wurden, wir wollen sie nicht zu Helden und Heiligen machen, wir wollen sie nicht mythisieren, wir wollen sie als Menschen mit Stärken und Schwächen kennen lernen. In ihrem Leben und Sterben sehen wir wie in einem Negativ, die Gesellschaft der Mörder und Terroristen. Auch diese Seite menschlichen Handelns müssen wir akzeptieren. Mit Textilien sind wir besonders nah an diesen Körpern.

Vogelscheuche
Foto: Bärbel Schmidt
Oktober 2002



Die gestreifte KZ-Kleidung

Vom Mythos des Grabtuchs möchte ich nun zu dem »Mythos« der gestreiften KZ-Häftlingskleidung überleiten. Dabei werde ich bestrebt sein, aus Reliquien, die gezeigt aber nicht erforscht werden, historische Quellen zu machen. Zum Lageralltag gehörten neben Gefäßen zum Essen und Trinken Textilien, neben markierter Zivil- und Militärkleidung auch die Zebra-Kleidung. Jedes Kleidungsstück konnte im Lager über Leben und Tod entscheiden.

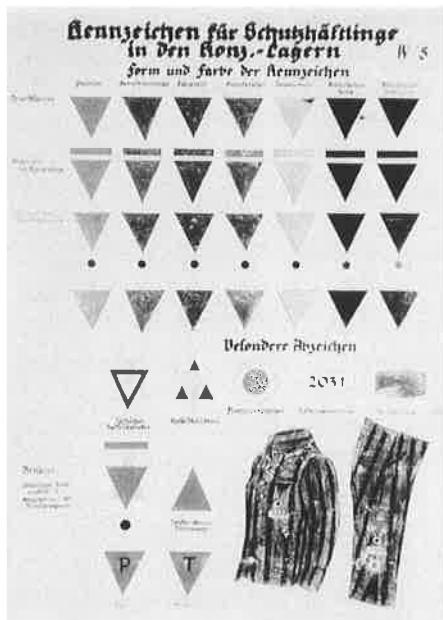
Wie schon oben erwähnt, ist Kleidung besonders bedeutsam, weil sie dem menschlichen Körper am nächsten ist. Dadurch ist sie prädestiniert, Mythen aufzusaugen und

Betrachter in ihren Bann zu ziehen. Darüber hinaus haben wir es bei der Zebra-Kleidung mit einem besonders prägnanten Zeichensystem zu tun, dass seine Funktionalität mit umgekehrten Vorzeichen auch nach 1945 beweist. Bereits 1945 und 1946 avanciert das ehemalige Schandkleid zum Ehrenkleid (siehe Abb.). Stempelte die gestreifte Gefangenenuniform die KZ-Gefangenen während ihrer Gefangennahme als verbrecherische Außen-seiter der bürgerlichen Gesellschaft, so zeichnet sie den Überlebenden und die Überlebende heute als Mitglied einer besonderen Gruppe aus und beweist, dass die Person, die das Kleidungsstück während Gedenkfeiern trägt, wirklich zu den Überlebenden der Konzentrationslager gehört.

Die gestreifte KZ-Häftlingskleidung wurde erst ab 1938, beginnend im Konzentrationslager Dachau, sukzessive in den Lagern eingeführt. Der Überlebende Harry Naujoks berichtet, dass die Gefangenen in Sachsenhausen erst im Sommer 1939 blau-weiß gestreifte Sommeranzüge aus Drillich erhalten hätten.⁷ Eicke griff mit seinem Entschluss, gestreifte Kleidung für die Konzentrationslager einzuführen, auf ein in der Geschichte angelegtes und in den Medien popularisiertes Zeichensystem zurück. Während nur wenige Menschen den Strafvollzug vom Augenschein kannten, machten Presse und Filme mit dem spektakulären Verbrecher vertraut. Charlie Chaplin etwa, dessen Filme von einer genau typisierten und damit wieder erkennbaren Welt leben, führt in »The Pilgrim« (USA 1922/23) und »The Adventurer« (USA 1917) gestreifte Sträflingskleidung vor. Der mutmaßliche Brandstifter des Reichsparteitages, Marinus van der Lubbe (siehe Abb.), hatte 1933 in gestreifter Kleidung an der Gerichtsverhandlung teilnehmen müssen.⁸ Die Einkleidung van der Lubbes für den Prozess ist eine bewusste Inszenierung der SS, mit der sie der Bevölkerung vor Augen führen wollte, wie ein »Verbrecher« aussah. Gleichzeitig fand eine Vorverurteilung van der Lubbes statt, der obwohl noch nicht für schuldig befunden, bereits Kleidung tragen musste, die verurteilte Kriminelle trugen.

Die SS machte sich damit auf der einen Seite mit der gestreiften Kleidung das der Bevölkerung bekannte Zeichensystem zur Kennzeichnung von verurteilten Kriminellen zunutze, auf der anderen Seite übte sie dieses Zeichensystem ein, auf das Eicke 1938 für die Konzentrationslager zurück griff. Darüber hinaus konnte Eicke auf die vom Reichsminister der Justiz 1934 initiierte Diskussion über die Vereinheitlichung der Gefangenenkleidung in Gefängnissen und Zuchthäusern bauen. Im Zuge der Vereinheitlichung der Strafgefangenenkleidung hatten sich Mitte der dreißiger Jahre die Minister der einzelnen Länder mit gestreifter Häftlingskleidung für den regulären Strafvollzug auseinander gesetzt. Es konnte jedoch keine Einigkeit erzielt werden. Einzelne Länder, darunter Bayern, Sachsen und Baden sprachen sich ausdrücklich gegen die Einführung gestreifter Kleidung aus, da diese den Grundsätzen für den Vollzug von Freiheitsstrafen, das Ehrgefühl der Gefangenen zu wecken, zu schonen und zu stärken, widersprechen würde. Vielmehr würde die Kleidung den Häftling in seiner äußeren Erscheinung entstellen und infolgedessen seelisch bedrücken. Vor allem würden Gefangene, die sich in gestreifter Kleidung der Öffentlichkeit zeigen müssten, dies als schwere Demütigung empfinden.⁹

Parallel zur Debatte fanden vorbereitende Untersuchungen über notwendige Rohstoffbeschaffenheit, Stoffart, wie die Kleidungsstücke gefärbt werden sollten sowie die Erarbeitung von Richtlinien statt. Die Auseinandersetzungen zogen sich bis 1936 hin. Letztendlich sah der Reichsminister der Justiz aus wirtschaftlichen Gründen von der



Links: Kennzeichnungs-
tafel der SS, Dachau,
ca. 1938–1942, Archiv
Gedenkstätte Dachau
Rechts: Abzeichen mit
Nummer und rotem
Winkel auf der Jacke
von Franz Piglowski,
Oświęcim,
Staatliches Museum
Auschwitz-Birkenau
Fotos: Bärbel Schmidt

geplanten Einführung einheitlich gestreifter Gefangenenumkleidung für den Strafvollzug ab. In einem Schreiben vom 6. April 1936 ordnete er stattdessen an, dass die Farbe der Anstaltskleidung zukünftig für die Zuchthausgefangenen und die Sicherungsverwahrten schwarz, für die Gefängnishäftlinge, die Arbeitshaushäftlinge und alle übrigen Gefangenen mittelblau sein sollte.¹⁰ Für seinen Sinneswandel waren vor allem Probleme hinsichtlich der Musterung der Stoffe ausschlaggebend. So heißt es in einem Vermerk: »Insbesondere ist auch die Frage geprüft worden, ob eine gestreifte Gefangenenumkleidung einzuführen sei. Dabei hat sich herausgestellt, dass es kaum möglich ist, ein Muster für ein der Eigenart der Anstaltskleidung entsprechendes mehrfarbiges Kleidungsstück festzulegen.«¹¹

Theodor Eicke müssen die Dispute hinsichtlich gestreifter Kleidung bekannt gewesen sein. Und so erstaunt es nicht, dass er trotz bereits vorhandenem Rohstoffmangel für die Haft im Konzentrationslager gestreifte Gefangenenumkleidungen erstellen ließ. Für ihn war der ausgrenzende und damit inhumane Charakter der Kleidung ausschlaggebend. Das Streifenmuster ist das prägnanteste Kennzeichen für die Stigmatisierung Gefangener, da es besonders auffällig ist. Sicherlich haben auch die psychologischen Aspekte eine Rolle gespielt. Mit der Einführung der Zebra-Kleidung in die Konzentrationslager unterteilte Eicke die Gesellschaft äußerlich sichtbar in drei Kategorien: die bürgerliche Gesellschaft, rechtmäßig verurteilte Kriminelle und KZ-Häftlinge.

Im Jahre 1942 kam es kriegsbedingt zu Engpässen in der Rohstoffversorgung, so dass die SS dazu überging, mit eingesetzten Flickern und Ölfarbe gekennzeichnete zivile Kleidung, die größtenteils von den in Auschwitz und Majdanek ermordeten Juden stammte, an die Gefangenen auszugeben. Die nach 1945 zum Symbol der Konzentrationslager erhobene gestreifte Kleidung trugen die meisten Inhaftierten also tatsächlich nur 4 von 12 Jahre. Die Vorstellung, viele jüdische Häftlinge hätten gestreifte KZ-Kleidung getragen, trügt. Die meisten Juden wurden unmittelbar nach ihrer Ankunft in Auschwitz-Birkenau in der Sauna vergast.

Die gestreifte KZ-Häftlingskleidung als Zeichensystem im Lager

Das Kalkül der SS, dass die gestreifte KZ-Häftlingskleidung sowohl eine Außen- wie eine Innenwirkung zeigt, bewahrheitete sich. Die zivile Öffentlichkeit ging den Gefangenen bei deren Anblick aus dem Weg, distanzierte sich. Dabei reichten die Reaktionen vom bloßen Anstarren über Wegsehen und Ekelgefühlen bis zum mitleidigen Schauen.¹² Wulff E. Brebeck und Karl Hüser erklären das Verhalten damit, dass die Gefangenen in ihren gestreiften Anzügen wie Straftäter aussahen. Die unterschiedlich farbigen Winkel und Nummern hätte die Bevölkerung noch nicht zu deuten gewusst.¹³ Eine ähnliche Erklärung liefert Ruth Hoffmann. Sie empfand zwar Mitleid mit den Häftlingen, »mein Gott, was sind das bloß für arme Menschen, die da so in der Kälte«, beruhigte sich aber, »das sind bestimmt alles Verbrecher, das hab ich mir so gedacht, aber es war doch irgendwie rätselhaft«.¹⁴

Auf der anderen Seite wirkte sich die gestreifte Kleidung bei den KZ-Gefangenen nach innen aus. Die Menschen, die diese Uniform tragen mussten, übernahmen mit dem Anlegen der Gefangenenkluft auch die Rolle eines Verurteilten. Sie fühlten sich – wie von der SS intendiert – als Ausgestoßene der Gesellschaft. Übereinstimmend berichten Überlebende, dass das Überziehen der gestreiften Häftlingskleidung den Moment der vollzogenen Ausgrenzung aus der bürgerlichen Gesellschaft markierte. Isa Vermehren schildert das in ihrem Buch »Reise durch den letzten Akt«: »Mit dem Anlegen der Häftlingskleidung verändert also der Mensch nicht nur das Bild seiner äußeren Erscheinung, sondern vor allem wird er innerlich hinüber in die Wirklichkeit des Nicht-mehr-Personseins gezwungen und im verzerrten Spiegelbild seiner aufgezwungenen neuen Nichts-Würdigkeit entstellten sich langsam seine Züge. Mit dem Anlegen der Uniform war ihm die Menschenwürde genommen worden (...) In der blau-weiß gestreiften Tracht war der Mensch herausgestoßen aus der Gemeinschaft, die ihn für unwert erklärt hatte, noch weiterhin das tägliche Brot seiner seelischen Existenz zu empfangen, Achtung, Vertrauen und Liebe, ohne die der Mensch nicht leben kann.«¹⁵

Passende, saubere Kleidung

Innerhalb der Lagerhierarchie zeigte passende, saubere Kleidung den sozialen Status eines Gefangenen. Die der Lageraristokratie angehörigen Gefangenen, also Häftlinge, die in der »Gunst« der SS standen, konnten sich nicht nur anständiger ernähren, sich regelmäßig waschen, die Haare lang tragen und sich rasieren, sondern sie besaßen auch bessere und mehr Kleidungsstücke. Aufgrund ihrer besonderen Position im Lager lebte die Lagerprominenz in einer Welt zwischen SS und »gemeinem« Gefangenen.¹⁶ Die in Literatur und Ausstellungen oft vorhandene einfache Differenzierung zwischen »gut« für die gestreift gekleideten Opfer und »böse« für die SS in ihren Uniformen funktioniert nicht. Der gewöhnliche Gefangene sah sich nicht nur einem Feind gegenüber, der die SS-Uniform trug, sondern auch einem Feind in Kluft der Häftlinge.¹⁷

Um den Unterschied ihres Standes äußerlich sowohl den »gemeinen« Gefangenen als auch der SS kenntlich zu machen, nicht zuletzt, um sich Respekt zu verschaffen, entwickelten die prominenten Häftlinge eine Lagermode. Sie gestalteten ihre Hosen mit eingesetzten Hosenkeilen in zeitgemäße, modische Schlaghosen um. Neuzugänge bemerkten umgehend die äußerlichen Unterschiede zwischen den Gefangenen. Walter Poller schildert seinen ersten Eindruck wie folgt: »Fraglos, es gibt hier zwei Sorten Häftlinge. Die eine scheint so etwas wie eine Elite zu sein, die andere eine große, seltsam



»Majdanekwoche«,
Standarten des
Polnischen Verbandes
der ehemaligen
Politischen Häftlinge
vor dem Feldaltar,
Lublin 15.9.1946
Foto: Lublin, Museum
Majdanek



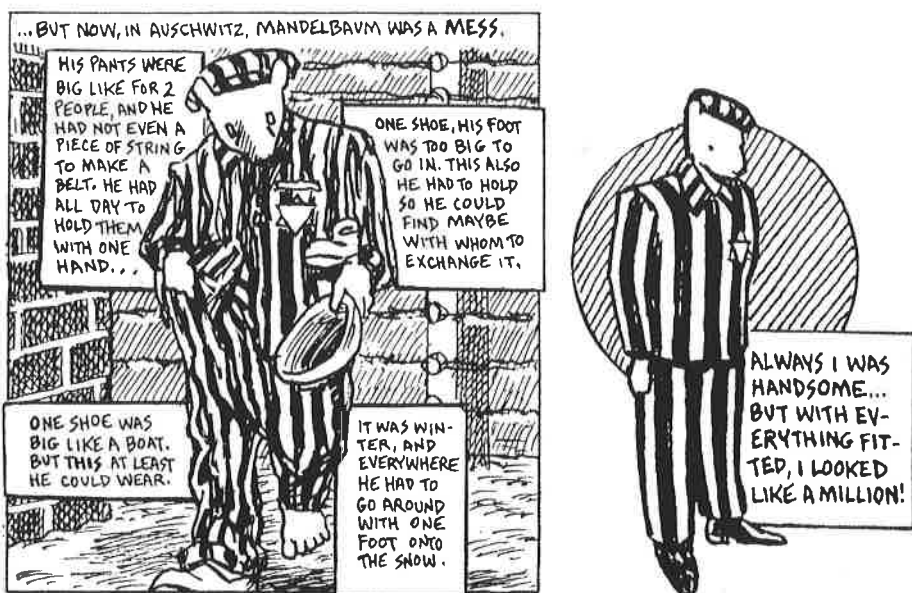
Der Holländer Marinus
van der Lubbe bei der
Zeugenaussage
während des Reichs-
tagsbrandprozesses in
Leipzig 1933,
zusammen mit seinem
Anwalt, Foto: Presse
Illustrationen Hettmann,
München, Bilderdienst
Süddeutscher Verlag

uniforme, entpersönlichte Masse.«¹⁸ Diese Wahrnehmung bestätigen Ota Kraus und Erich Kulka. Sie berichten, dass jeder den riesigen Unterschied zwischen einem gewöhnlichen Gefangenen und der Lageraristokratie hätte erkennen können. Während der gewöhnliche Lagerinsasse aus schmutzigen Lumpen oder Fetzen bestehende Kleidung getragen hätte, sei die Kleidung der privilegierten Gefangenen nach Maß genäht, gewaschen und stets gebügelt gewesen.¹⁹

Art Spiegelman visualisiert die sozialen Distinktionen der Gefangenen in seinem Comic »Maus«.²⁰ Vladek Spiegelman, Arts Vater, wird gezeigt, wie er sich in seiner neuen Kleidung, die er seiner Beziehung zu einem Kapo verdankt, dem er Englisch beibringt, wie ein König, ein Millionär fühlt (siehe Abb.). Zeichnerisch setzt Spiegelman das in der aufrechten, selbstbewussten Körperhaltung und den breiten Schultern um. Wir sehen Vladek Spiegelman in »Zebra Kleidung«, die wie ein vornehmer Anzug wirkt, entsprechend glänzen seine Schuhe. Die Streifen des Anzuges sind stabil, fast scharfkantig, während die Streifen seines Freundes Mandelbaum (siehe Abb.), der zu den gewöhnlichen Häftlingen zählt, durch den starken Faltenwurf der Kleidung chaotisch und wackelig verlaufen. Durch dieses zeichnerische Mittel der Darstellung der Streifen bringt Spiegelman die Bedeutung der Kleidung für den jeweiligen Träger zum Ausdruck.²¹

In den Sammlungen befinden sich Kleidungsstücke, die entsprechend einer im Lager vorherrschenden Lagermode verändert worden sind. Die Annahme, dass nur Kriminelle den Status hatten, sich eine modische Veränderung zu erlauben, ist aufgrund des historischen Befundes nicht zu halten.²² So sind im Schnitt veränderte Beinkleider erhalten, die von politischen Gefangenen getragen worden sind, der rote Winkel ist noch vorhanden (siehe Abb.). Walter Adam teilt die Kategorien der reichsdeutschen kommunistischen KZ-Gefangenen in zwei Gruppen ein. Den klassenbewussten, parteilich geschulten Gefangenen, die gut zusammen hielten, standen die Gefangenen gegenüber, die er als das »Lumpenproletariat« bezeichnete. Nur Mitglieder der letztgenannten Gruppe kollaborierten seiner Meinung nach mit der SS.²³

Vladek Spiegelman und Mandelbaum, in: Maus: a survivor's tale, II: and here my troubles began, S. 29/33



Lagernummern

Langfristig Inhaftierte entnahmen den Nummern etliche Informationen (siehe Abb.). Dies beschreibt Primo Levi: »Den Alten des Lagers sagt die Nummer alles: die Zeit des Lagereintritts, den Transport, mit dem man gekommen ist, und demnach auch die Nationalität. (...) Und was die hohen Nummern angeht, so hängt ihnen etwas Lächerliches an, wie im normalen Leben den Begriffen »Stift oder Rekrut«: Die typische hohe Nummer ist ein dickbäuchiges, willfähiges und dümmliches Individuum, dem du auf die Nase binden kannst, dass im Krankenhaus Lederschuhe für Leute mit empfindlichen Füßen ausgegeben werden, und das du dazu überreden kannst, rasch hinzulaufen und dir inzwischen seinen Suppennapf »in Verwahrung« zu geben.«²⁴

Heute kann uns die Nummer Hinweise auf den einstigen Träger und die einstige Trägerin des Kleidungsstückes geben und so hinter der Nummer wieder einen Menschen aufscheinen lassen.

Abzeichen

Dass von Theodor Eicke 1937 eingeführte Winkel- und Nummernsystem (siehe Abb.) unterteilte und markierte die Gefangenen in den einzelnen Lagern und Haftlagerstätten visuell. Die Zuordnung der einzelnen Gefangenen erfolgte oft willkürlich. Die Rechnung der SS, die Häftlinge in Gruppen zu spalten, ging allerdings auf. In der Regel trennte die farbige Markierung die Gefangenengruppen. Obwohl sich das Gros der Häftlinge in der gleichen Situation befand, herrschte auch in den Lagern Antisemitismus, Fremdenhass ebenso vor wie Vorurteile gegenüber Homosexuellen.

Ich werde im Folgenden nicht detailliert auf das komplexe Winkel- und Zeichensystem der SS eingehen, sondern nur Beispiele anführen. So sollten Politische Gefangene rote Winkel tragen, sogenannte Berufsverbrecher grüne, Zeugen Jehovas violette, Emigranten blaue, Homosexuelle rosafarbene – interessanterweise erhielten lesbische Frauen oft einen roten Winkel – Zigeuner braune und sogenannte Asoziale schwarze Winkel auf der linken Brustseite der Jacke und auf dem rechten Hosenbein. Weibliche Gefangene trugen in der Regel Nummer und Winkel auf dem Oberarm.²⁵ Juden mussten zusätzlich zu diesem Zeichen ein auf der Spitze stehendes gelbes Dreieck an ihrer Kleidung befestigen, so dass ein Davidstern entstand.

Um Rohstoffe und Material zu sparen, legte die SS mit dem Erlass vom 14. Mai 1942 die Größe des gleichschenkligen Dreiecks auf 6 x 6 x 6 cm fest. Aber ebenso wenig wie in der Größe entsprachen die Placierungen der Markierungen den von Eicke ausgegebenen Bestimmungen. Der Befund in den Depots der Gedenkstätten zeigt, dass Gefangene ihre Winkel neben, unter- oder oberhalb der Häftlingsnummer angebracht haben bzw. anbringen mussten.²⁶ Beispielsweise trugen polnische Gefangene in Neuengamme die Nummer auf der rechten Brustseite, den Winkel aber wie deutsche Häftlinge links und Tschechen mussten ihre Nummer über dem Winkel und nicht wie in Neuengamme sonst üblich unterhalb befestigen.²⁷ In Buchenwald und Sachsenhausen hatte die SS ein Abzeichen für die Häftlinge geschaffen, die sie für geistig minder bemittelt hielt – eine Armbinde mit der Aufschrift »Blöd«.²⁸ Seit Mai 1942 konnten Winkel und Nummer offiziell neben einander auf einem Stoffstreifen angebracht werden.²⁹ Rückfällige, dass heißt zum wiederholten Male in das Konzentrationslager eingewiesene Gefangene, trugen oberhalb des Winkels einen roten Balken. Funktionshäftlinge wie Lagerältester, Blockältester, Kapo und Vorarbeiter erhielten zusätzlich zu ihrem Winkel schwarze

Armbinden mit weißer Aufschrift, die am linken Arm befestigt werden mussten. Ota Kraus und Erich Kulka berichten für Auschwitz, dass unterschiedlich farbige Armbinden den Rang des Häftlings ausdrückten. So hätten Kapos, Vorarbeiter und Aufseher gelbe Armbinden mit weißer Schrift und Blockälteste rote Armbinden besessen, während eine schwarze Armbinde mit weißer Schrift die Lagerältesten, die Angehörigen des Arbeitsdienstes und den Rapportschreiber gekennzeichnet hätten.³⁰

In den Sammlungen der Gedenkstätten dominiert der rote Winkel. Während nur wenige grüne oder gelbe Markierungen sowie Armbinden, die die Funktion im Lager anzeigten überliefert sind, ist keine gestreifte Kleidung mit Kennzeichnungen anderer Gefangenengruppen wie etwa der rosa Winkel für Homosexuelle, der schwarze Winkel für sogenannte »Arbeitsscheue oder Asoziale« vorhanden.

Die starke Dominanz der roten Winkel in den Sammlungen wirft die Frage auf, warum kaum gestreifte Kleidungen mit andersfarbigen Kennzeichnungen überliefert sind. Ein Grund hierfür könnte das ausgeprägte Bewusstsein der politischen Gefangenen im Hinblick auf ihre Erinnerung und Gedächtnis sein, das dazu führte, dass sie ihre Kleidungsstücke den Gedenkstätten übergaben. Sicherlich ist auch die hinter den politischen Gefangenen stehende Lobby ausschlaggebend, die darum bemüht war, politische Gefangene als Helden und Märtyrer im »Kampf gegen den deutschen Faschismus« zu erinnern. Hinzu kommt, dass auch nach Kriegsende die Intoleranz gegenüber Schwulen, Lesben oder Zigeunern bestehen blieb. Und so war es eine Schande, Träger oder Trägerin eines rosa, grünen oder schwarzen Winkels gewesen zu sein.

Der 2. Teil des Beitrags folgt im GedenkstättenRundbrief Nr. 113, Juni 2003

Anmerkungen

- 1 Etymologisches Wörterbuch des Deutschen, erarbeitet unter der Leitung von Wolfgang Pfeifer, Berlin 1993, S. 1194.
- 2 Christian Morgenstern, Die Vogelscheuche, in: www.astelfix.de/vogel.htm.
- 3 Siehe Johann Gustav Droysen, Historik. Vorlesungen über Enzyklopädie und Methodologie der Geschichte, hrsg. von Rudolf Hübner, München und Berlin 1943, S. 38.
- 4 Siehe Droysen 1946 (wie Anm. 3), S. 38.
- 5 Johannes 19.38–42, Die Grablegung.
- 6 Siehe Gino Moretto, Sekretär des Centro Internazionale di Sindonologia, »Das Turiner Grabtuch«, Torino o.J.
- 7 Die Häftlinge mussten sich in der eben erst eingelieferten Kleidung mit dem Rücken zur Kamera vor einem Spruch Himmlers aufbauen, so als würden sie den Text lesen. Der Spruch lautete: »Es gibt einen Weg zur Freiheit. Seine Meilensteine heißen: Gehorsam, Fleiß, Ehrlichkeit, Ordnung, Sauberkeit, Nüchternheit, Wahrhaftigkeit, Opfersinn und Liebe zum Vaterlande!«, Harry Naujoks, Mein Leben im KZ Sachsenhausen 1936–1942, Erinnerungen eines ehemaligen Lagerältesten, Berlin 1989, S. 135f.
- 8 Berliner Illustrierte Zeitung vom 30. September 1933, Nr. 39. Dort ist ein Foto mit van der Lubbe in gestreifter Kleidung abgebildet, Artikel »Der Reichstags-Brandstifter Prozeß in Leipzig«. Die Bildunterschrift: »Van der Lubbes auf der Anklagebank«, Photo Presse Illustrationen Hoffmann«. In der Berliner Illustrierten Zeitung, 22. Oktober 1933, Nr. 42, ist van der Lubbe erneut in gestreifter Kleidung abgebildet. Überschrift: »Der Prozess, dem die Welt zuhört.« Fotoaufnahmen: Wolfgang Weber. Bildunterschrift: »Augenblicksbild vom Leipziger Prozess: Der Hauptangeklagte van der Lubbe.« Ich danke Ute Wrocklage für diese Hinweise. Siehe auch Bärbel Schmidt »Geschichte und Symbolik der gestreiften KZ-Häftlingskleidung«, www.bis.uni-oldenburg.de/dissertation/2000/schges00/schges00.html, S. 191f.
- 9 Siehe Schreiben des Staatsministers der Justiz München, Nr. IV.34441 a an die Justizverwaltungen der Länder und den Reichsminister der Justiz vom 7. August 1934; Schreiben des Ministers des Kultus, des Unterrichts und der Justiz, Abteilung Justiz an das Oldenburgische Justizministerium, Karlsruhe vom 12. September 1934; Schreiben der Direktion der Gefangenenanstalten an den Minister der Justiz in Oldenburg, Vechta vom 26. September 1934, Schreiben des Sächsischen Ministeriums der Justiz, Geschäftsnummer 1461 III/34, Nr. II r 159 a Ho. an das Oldenburgische Ministerium der Justiz, Dresden vom 16. Oktober 1934. Alle Schreiben im Niedersächsischen Staatsarchiv Oldenburg, Bestand NS, Justiz 1934–1935, III-23–26. Ich danke Ute Wrocklage für diesen Hinweis. An dieser Stelle sei nur kurz darauf

- verwiesen, dass eine ähnliche Diskussion bereits 1867 unter Justizbeamten geführt wurde. So riet der Karlsruher Beamte F. Szuhany dringend dazu »dass jene entwürdigenden Abzeichen durch zweierlei Farbe, sei es halbscheidig nach der Länge des Sträflings, sei es gleich einem Zebra durch Streifen, aus den deutschen Strafanstalten verschwinden mögen. Der einzige vernünftige Grund für dieselben – die Sicherheit vor Flucht – wird auch durch die oben (in Stoffen schmale, nur einige Faden breite Streifen aus verschiedenfarbiger Baumwolle einzuweben, B. S.) vorgeschlagene Kleidung erreicht, die immerhin von der gewöhnlichen bürgerlichen Tracht etwas abweicht und durch innen angebrachte Stempel, Nummern und dergleichen Zeichen leicht als Sträflingskleidung erkannt werden kann.« F. Szuhany, »Gutachten für die Versammlung des Vereins der deutschen Strafanstaltsbeamten im Jahre 1866«, in: Blätter für Gefängniskunde, Organ des Vereins der deutschen Strafanstaltsbeamten, Zweiter Band, 6. Heft, unter Mitwirkung des engeren Vereins-Ausschusses redigiert von G. Ekert, Heidelberg 1867, S. 261f.
- 10 Siehe Schreiben des Reichsministers der Justiz an die Generalstaatsanwälte vom 6. April 1936, BArch R 22/1447, fol. 209 (Bundesarchiv Berlin-Lichtenfeld).
 - 11 Kalk-Vermerk zu Ills4 13409, ohne Datum, BArch RS 22-1447, 229 (Bundesarchiv Berlin-Lichtenfelde).
 - 12 Siehe Wolfgang Sofsky, Die Ordnung des Terrors. Das Konzentrationslager, Frankfurt am Main 1993⁴, S. 15.
 - 13 Siehe Wulff E. Brebeck/Karl Hüser, Wewelsburg 1933–1945 – Das Konzentrationslager, Münster 1988³, S. 6.
 - 14 Siehe Sigrid Jacobeit (Hg.), »Ich grüße Euch als freier Mensch«, Quellenedition zur Befreiung des Frauen-Konzentrationslagers Ravensbrück im April 1945, Oranienburg 1995, S. 210, Ruth Hoffmann am 1. März 1945.
 - 15 Isa Vermehren, Reise durch den letzten Akt. Ravensbrück, Buchenwald, Dachau, eine Frau berichtet, Reinbek bei Hamburg 1998, S. 133.
 - 16 Siehe Sofsky 1993 (wie Anm. 12), S. 177.
 - 17 Siehe Sofsky 1993 (wie Anm. 12), S. 169ff., S. 173.
 - 18 Walter Poller, Arztstreiber in Buchenwald, Bericht des Häftlings 996/Block 36, Offenbach a. M. 1960, S. 31.
 - 19 Ota Kraus/Erich Kulka, Die Todesfabrik Auschwitz, Berlin 19582, S. 211.
 - 20 Art Spiegelmans erstmals 1986 und 1991 erschiene zweibändige Ausgabe »Maus – A Survivor's Tale« ist das bekannteste Beispiel für die symbolische Verwendung der Zebra-Kleidung. Beide Eltern des 1948 in Stockholm geborenen Autors überlebten im Konzentrationslagern. In seinen Heften erzählt Spiegelman die Geschichte seines Vaters, Vladek Spiegelman, in Form einer Fabel. Die Juden erscheinen als Mäuse, die SS als Katzen. Als Vorlage seiner gezeichneten Bilder nutzte Spiegelman unter anderem Fotografien, um die Erzählungen seines Vaters zu visualisieren. Im zweiten Band nimmt der Autor die vom Vater beschriebenen Einkleidungszenen auf (S. 26), thematisiert die äußeren und inneren Auswirkungen der KZ-Kleidung auf die Gefangenen und illustriert, wie der Vater sich wie ein Millionär fühlte, nachdem der Kapo ihm ermöglicht hatte, sich in der Bekleidungskammer einen neuen, wie maßgeschneiderten Zebra-Anzug zu organisieren. Siehe Art Spiegelman, »Maus«. Die Geschichte eines Überlebenden, Reinbek bei Hamburg 1992, 1. Auflage 1991 unter dem Titel I. »Maus. A Survivor's Tale und II. And Here My Troubles Began«, S. 33. Siehe auch Ute Wrocklage, Auschwitz-Birkenau Die Rampe, in: Detlef Hoffmann (Hg.), Das Gedächtnis der Dinge. KZ-Relikte und KZ-Denkmäler 1945–1995, Frankfurt/New York 1998, S. 278–309, bes. S. 296ff.
 - 21 Ausführlicher hat Kristina Oberländer diese Thematik in ihrer Hausarbeit »Gestreifte KZ-Häftlingskleidung im Comic untersucht an Art Spiegelmans Maus«, Cvo Universität Oldenburg, (Wintersemester 2000/2001) behandelt.
 - 22 Wolfgang Sofsky berichtet, dass in Auschwitz auch die Überlebenden der ersten polnischen Transporte der Lageraristokratie angehörten. Zu den privilegierten Frauen des Frauenlagers Birkenau zählten außer deutschen »Asozialen« ebenfalls wenige im Frühjahr 1942 eingelieferte jüdische Slowakinnen. Einige hundert Juden aus den ersten Transporten gehörten neben den Deutschen in Monowitz und den angeschlossenen Außenlagern ebenfalls zur Prominenz. Siehe Sofsky 1993 (wie Anm. 12), S. 171; siehe auch Lutz Niethammer (Hg.), Der »gesäuberte« Antifaschismus. Die SED und die roten Kapos von Buchenwald – Dokumente, Berlin 1994.
 - 23 Walter Adam, Nacht über Deutschland. Erinnerungen an Dachau, Wien 1974, S. 22f.
 - 24 Primo Levi, Ist das ein Mensch? Ein autobiographischer Bericht, München 1958⁴, S. 30.
 - 25 Siehe Vermehren 1998 (wie Anm. 15), S. 67.
 - 26 Bernard Klieger erinnert sich, dass in Auschwitz die Winkel neben der Häftlingsnummer angebracht werden mussten. Siehe Bernhard Klieger, Der Weg, den wir gingen (Reportage einer höllischen Reise). Mit 10 Zeichnungen von Josette Cagnant, Bruxelles-Ixelles 1957², S. 39f.
 - 27 Siehe Hermann Kaienburg »Vernichtung durch Arbeit«. Der Fall Neuengamme. Die Wirtschaftsbestrebungen der SS und ihre Auswirkungen auf die Existenzbedingungen der KZ-Gefangenen, Bonn 1991², S. 218.
 - 28 Siehe Eugen Kogon, Der SS-Staat. Das System der deutschen Konzentrationslager, München 1994¹⁹, S. 72 und Manuela R. Hrdlicka, Alltag im KZ. Das Lager Sachsenhausen bei Berlin, Opladen 1992², S. 66.
 - 29 Siehe Schreiben des Amtes D IV an die Ämter VI und VII, Dok. 30.4, in: Johannes Tuchel, Die Inspektion der Konzentrationslager 1938–1945, Das System des Terrors, Berlin 1994, S. 168.
 - 30 Siehe Kraus/Kulka 1958 (wie Anm. 19), S. 34f.

Holocaust, Genozid und die Macht der Definition

Erik D. Weitz

Vom 12.–15. März 2003 hat in der niedersächsischen Landesvertretung in Berlin die Konferenz «Lernen und Erinnern – Holocaust, Völkermord und staatliche Gewaltverbrechen im 20. Jahrhundert» stattgefunden, gemeinsam veranstaltet vom Georg-Eckert-Institut für Internationale Schulbuchforschung, dem International Committee of Memorial Museums for the Remembrance of Victims of Public Crimes (IC MEMO) und der Stiftung Topographie des Terrors, mit Unterstützung des Auswärtigen Amts. 160 Personen aus vier Kontinenten haben daran teilgenommen. Die Darstellung verschiedener Genozide und staatlicher Gewaltverbrechen im 20. Jahrhundert sowie die vergleichende Diskussion über verschiedene Formen ihrer Aufarbeitung im internationalen Rahmen (UN, Strafgerichtshof), innerhalb der jeweiligen Gesellschaften (von Strafgerichten bis Versöhnungskommissionen) und in der Bildungsarbeit (Schule, Schulbücher und Gedenkstätten) sollte Aufschluß darüber geben, ob es Wege gibt, nicht nur Völkermorde und Staatsverbrechen im Nachhinein aufzuarbeiten, sondern auch im Vorfeld an deren Prävention mitzuwirken.

Für die Stiftung Topographie des Terrors ist diese Konferenz eine Weiterentwicklung von Diskussionsprozessen im internationalen Diskurs. Sowohl die 2001 durchgeführte Tagung »Auf dem Weg nach Europa – Gedenkstätten vor neuen Herausforderungen und Aufgaben« (gemeinsam veranstaltet mit der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V. und der Bundeszentrale für politische Bildung, mitfinanziert vom Auswärtigen Amt), bei der unterschiedliche Inhalte und Formen der Aufarbeitung des NS-Terrors in Europa und deren Bedeutung für die Geschichtsbilder in einem zusammenwachsenden Europa diskutiert wurden, als auch die Konferenz von 1998 »Der Umgang mit der Vergangenheit nach der Überwindung von Diktaturen. Unterschiede und Übereinstimmung zwischen Argentinien, Chile, Deutschland, Polen und Südafrika« (mitveranstaltet von der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz und der Paolo-Freie-Gesellschaft) haben Denkanstöße geliefert, an die auf der diesjährigen Tagung angeknüpft werden konnte.

Weitere Informationen zu der Tagung und zahlreiche Vorträge sind in der Public-News-group des Online-Gedenkstättenforums abrufbar.

**Erik D. Weitz hat in seinem die Veranstaltung
abschließenden Vortrag eine kommentierte Zusammenfassung der Tagung gegeben.
Sein Vortrag ist im folgenden abgedruckt.**

Ich weiß nicht, ob diese Tagung die erste in Deutschland ist, die sich mit dem Thema Genozid – d.h. nicht nur mit dem Holocaust – befasst. Ich bin sicher, dass sie sehr rasch als ein Meilenstein angesehen wird – eine Tagung, die sowohl den Meinungswandel aufgezeigt hat, der während der letzten fünf Jahre stattfand, als auch wichtige Impulse für die weitere Forschungsarbeit zum Thema Genozid und zu anderen vergleichbaren Hauptverbrechen gegen die Menschlichkeit gegeben hat. Die Konferenz war auch in soweit beachtenswert, als dass Menschen aus verschiedenen Nationen und aus

unterschiedlichen Arbeitsbereichen zusammengekommen sind, um an ihr teilzunehmen. Darunter waren Aktivisten von NGOs, Zeugen von Hauptverbrechen, Lehrer, Wissenschaftler und viele Menschen, die an einer Reform der Schullehrpläne mitarbeiten oder in Museen und Gedenkstätten tätig sind. Gestern habe ich Sachsenhausen besucht und am ersten Tag der Konferenz bin ich zusammen mit den meisten von Ihnen in der Ausstellung »Topographie des Terrors« gewesen. Am Tag vor dem Konferenzanfang besuchte ich das Jüdische Museum auf eigene Faust. Wenn man aus dem Ausland kommt, muss es einen sehr beeindrucken, mit welcher Sorgfalt und Ernsthaftigkeit diese Gedenkstätten und Museen gestaltet worden sind und wie groß die Bereitschaft ist, solche schwierigen Themen zu bewältigen. So wird sich beispielsweise mit den verschiedenen Ebenen der Menschenrechtsverletzungen in den unterschiedlichen Zeitabschnitten – von den Nazis über die Sowjets bis hin zur Deutschen Demokratischen Republik – auseinandergesetzt. Wir haben bei der Konferenz auch von der wichtigen und schwierigen Versöhnungsarbeit erfahren, die zur Zeit in post-genozidären Gesellschaften wie Ruanda und Bosnien stattfindet.

Wir haben außerdem – vor allem gestern – ernsthafte Auseinandersetzungen gehabt, wie es sich bei einer Konferenz auch gehört. Es wäre doch langweilig, wenn wir alle immer die gleiche Meinung teilen. Ich möchte nun einige wichtige Themen ansprechen, die den Schwerpunkt der Diskussion bildeten. Ausgehend von Dan Diners Eröffnungsrede – es ist so viel passiert in den letzten Tagen, dass es einem so vorkommt, als hätte er seinen Vortrag schon vor Wochen gehalten – möchte ich mich in meinem Text insbesondere dem Problem der Definition des Begriffs Genozid zuwenden und mich außerdem mit einigen vergleichenden und historischen Gesichtspunkten befassen.

Ich bin mir nicht mehr sicher, ob Herr Diner in seinem Vortrag tatsächlich den durch ihn geprägten Ausdruck verwendet hat, mit dem er den Holocaust als »Zivilisationsbruch«, beschreibt. Aber als Herr Reinhard Rürup uns Herrn Diner vorgestellt hat, erwähnte er einen Begriff, der ohne Zweifel an Diners Darstellung des Holocausts geknüpft ist: den Begriff »ultimativer Genozid.« Ich finde diesen Ausdruck und den mit ihm verbundenen Standpunkt sehr problematisch. Der Holocaust war einer von mehreren Massenmorden, die im 20. Jahrhundert geschehen sind. Er hatte besondere Eigenschaften, wie alle historischen Ereignisse, alle Genozide. Diese Besonderheiten hatten mit Deutschlands stark ausgeprägter bürokratischer und militärischer Kultur zu tun. Das war sicherlich nicht die einzige Tradition in Deutschland, doch war es eine sehr starke Tradition, die die Nazis, nachdem sie die Macht ergriffen hatten, auf eine äußerst systematische Art einzusetzen wussten, um Juden zu ermorden. Eine andere Besonderheit hatte mit Deutschlands Großmachtstatus zu tun, der die sehr großen territorialen Ambitionen in Europa verstärkte. Es gab dennoch leider »nichts Außergewöhnliches« im utopischen Antrieb der Nazis, eine Homogenität herzustellen, oder in ihrer Anwendung der Rassenideologie zur Klassifizierung und Säuberung bestimmter Menschengruppen.

Es ist natürlich leicht zu verstehen, warum der Holocaust mittlerweile eine so große Rolle in der westlichen Gesellschaft spielt. Er ist in Europa während eines Krieges geschehen, an dem alle die großen westlichen Weltmächte beteiligt waren. Es scheint mir aber weder intellektuell noch moralisch oder politisch vertretbar, den Holocaust als den einzigen Zivilisationsbruch festzulegen. Es ist meiner Ansicht nach notwendig, auch den armenischen Genozid als einen Zivilisationsbruch zu betrachten. In der Rede

von Fikret Adanir am Freitag hörten wir, dass, auch wenn es davor einige – darunter auch sehr ernsthafte – Fälle von Gewalt gegen das armenische Volk gegeben hat, der Angriff des einstigen Osmanischen Reichs gegen die Armenier im Jahr 1915 beispiellos war. Uns wurde auch erzählt, dass es in Ruanda noch nie zuvor ein Ereignis in der Größenordnung des Genozids von 1994 gegeben hatte. Gerade wurde ein Vortrag über die extreme Notlage in Tschetschenien gehalten. Den Ruanda-Genozid sowie die gegenwärtigen Ereignisse in Tschetschenien müssen wir ebenfalls als »Zivilisationsbrüche« betrachten.

Wir müssen das 20. Jahrhundert als eine Reihe von solchen Brüchen sehen. Ich befürchte, dass Diners Begriff des »ultimativen Genozids« auch dazu dient, die Einzigartigkeit des Holocausts mit schöneren Worten darzustellen. Der Holocaust war ohne Zweifel ein Verbrechen von enormem Ausmaß und die größte Tragödie der jüdischen Geschichte. Aber »Einzigartigkeit« ist entweder ein theologisches Konzept, mit dem ein Ereignis jenseits der Geschichte plaziert wird, oder eine Banalität, da jedes historische Ereignis zu einer bestimmten Zeit in einem bestimmten Ort geschieht und deshalb nicht wiederholt werden kann.

So kehren wir zum Problem der Definition, was einen Genozid konstituiert, zurück. Ich unterstütze die gestrigen Bemerkungen von Yves Ternon, in denen er uns zur Vorsicht mahnt, das Konzept nicht so weit zu verallgemeinern, bis dadurch die gesamte Bedeutung verloren geht. Es gibt eine große Breite von Menschenrechtsverstößen und Verbrechen gegen Völker, aber nicht alle gelten als Völkermord. Wie Dan Diner richtig sagte: Den Opfern wird es wohl egal sein, ob sie bei einem von uns als Genozid bezeichneten Ereignis oder durch eine Tat im Rahmen »normaler« politischer Unterdrückung ermordet wurden. Aber gerade diese Frage muss für uns von großer Bedeutung sein. Wir müssen in der Lage sein, zwischen verschiedenen Arten von Regimen und verschiedenen Arten von Menschenrechtsverletzungen analytisch differenzieren zu können. Wir müssen unterscheiden können zwischen jenen Regimen, die »nur« repressiv sind, d. h., die ihrer Bevölkerung die Redefreiheit verbieten oder sogar hierarchische Rassensysteme wie z. B. die Apartheid aufrecht erhalten, und Regimen, die die Absicht haben, bestimmte Bevölkerungsgruppen zu ermorden. Historisch betrachtet und auch jetzt in der heutigen Welt müssen wir uns im Klaren darüber sein, womit wir es zu tun haben. Selbstverständlich müssen wir das wissen, um Genozide in der Zukunft zu verhindern – dieses Diskussionsthema beschäftigte uns gestern. Wir müssen es aber auch für juristische Zwecke wissen, damit wir feststellen können, auf welcher Gesetzesgrundlage die Verbrecher angeklagt werden können. Und wir müssen in pädagogischer Hinsicht wissen, wie wir solche Ereignisse im Unterricht behandeln und erklären sollen. Wir müssen analytische Unterschiede machen können.

Jeder, der sich mit dem Thema beschäftigt hat, weiß, dass es mit der UNO-Definition des Begriffes Genozid immense Probleme gibt. Sie ist gleichzeitig zu breit und zu eng gefasst. Aus politischen Gründen oder auf Grund sozialer Unterschiede begangener Mord wird von dieser Definition beispielsweise ausgeschlossen. Frank Chalk u. a. haben sich bemüht, uns präzisere Definitionen zur Verfügung zu stellen. Es gibt aber keine perfekte Definition. Die UNO-Definition unterstützt immerhin die historische Aufarbeitung, die unser Verstehen vergangener Regime und Ereignisse leitet, und ist natürlich auch eine Grundlage für die gegenwärtige Politik. Anhand der UN-Konvention sind wir in der Lage zu sagen – und das tun auch viele – dass der Genozid »das Verbrechen

aller Verbrechen« ist, nämlich die Absicht – und das Wort Absicht ist hier entscheidend –, eine Bevölkerung, die durch ethnische, nationale, religiöse oder rassische Merkmale definiert ist, »ganz oder teilweise« zu vernichten.

Nun kenne ich keinen Fall von Massenmord, in dem ein Regime Menschen »nur« aus ethnischen, nationalen, religiösen oder rassischen Gründen umgebracht hat. Wie Mihran Dabag gestern ausgeführt hat, gibt es bei allen Genoziden ein Maß an politischer Gewalt und politisch motiviertem Töten. Gemäßigte Serben, die versucht haben, ihre muslimischen Nachbarn zu schützen, wurden von serbischen Nationalisten ermordet. Gemäßigte Hutus, die ihre Tutsi-Nachbarn schützen wollten, wurden umgebracht. Erlauben Sie mir drei verschiedene Modelle von Genoziden darzustellen, darunter historische sowie zeitgenössische. 1) Wir kennen historische Beispiele, bei denen die genozidäre Absicht im Mittelpunkt der Politik des Regimes stand – in Nazi-Deutschland, in Ruanda unter der Hutu-Macht. Dazu gehören auch die massiven Menschenrechtsverletzungen, die im Zusammenhang mit dem Genozid begangen wurden, wie z. B. die Ermordung von Deutschen, die das Nazisystem ablehnten, oder von gemäßigten Hutus, die gegen die Hutu-Macht waren. 2) Es gibt auch andere Systeme, bei denen massive Unterdrückung einschließlich Tötung im Mittelpunkt standen und wo am Rande der Genozid von Minderheiten stattfand: Kambodscha unter den Roten Khmer, die Sowjetunion in den vierziger Jahren. Und wie wir gestern erfahren haben, passt Russland heute in Bezug auf Tschetschenien auch zu dieser Gruppe. Modelle 1 und 2 haben Folgendes gemeinsam: Beide liefern Beispiele für Regime, die versucht haben, eine homogene Bevölkerung zu schaffen und eine Gesellschaft ohne Unterschiede zu gründen. Aber es gibt noch ein drittes Model: 3) Genozide der Kolonisierung, begangen durch eine große Anzahl von Regimen, darunter auch liberal-politische Systeme.

Wie wir von Greg Stanton und mehreren anderen Referenten erfahren haben, ist die Voraussetzung jeder genozidären Tat, dass die Bevölkerung bestimmten Klassifizierungsgruppen zugeordnet wird. Ich möchte hier hervorheben, dass jede Art der Klassifizierung, Identifizierung und Kategorisierung von Bevölkerungsgruppen eine ideologische, politische Tat ist. Klassifizierungen sind nicht »natürlich«. Sicherlich war es nicht besonders schwierig, in Magnitogorsk, einer in den 30er Jahren gebauten großen Stahlanlage in der Sowjetunion, ein Proletariat identifizieren zu können. Ein Jude in Breslau war sicherlich auch relativ leicht zu erkennen; und es fiel nicht schwer einen vietnamesischen Händler von einem Khmer-Bauern oder in Banja Luka einen Muslim von einem Serben zu unterscheiden. Aber was ist mit den vielen Fällen von gemischten Ehen oder mit den mobilen Generationen, die aus ihrem traditionellen Umfeld entwachsen sind: Menschen, die einen jüdischen Großelternteil hatten, die aber assimiliert waren und integriert in einem christlichen deutschen Umfeld lebten; dem Sohn eines bürgerlichen Haushaltes, der Fabrikarbeiter in Petrograd wurde, den Kindern von Khmer und Vietnamesen, Kindern aus muslimischen und serbischen Ehen? Die Realität ist immer komplizierter als die Kategorien, die die Regime versuchen festzulegen. Die Grenzen zwischen den Identitäten die auf Klasse, Religion, Nationalität und Rasse basieren, sind oft sehr durchlässig. Wurden in der Sowjetunion in den 40er Jahren Tschetschenen und Krim-Tartaren und viele andere deportiert, weil manche unter ihnen Muslime waren? Oder weil sie Widerstand gegen die Zwangskollektivierungspolitik in den 30er Jahren geleistet hatten? Weil sie zum Teil nomadisch waren oder weil sie Landwirtschaft auf privatem Familienbesitz betrieben? Weil sie als Sicherheitsrisiko galten, wie es bei Koreanern

und Deutschen der Fall war? Oder ganz einfach deshalb, weil sie Tschetschenen oder Tartaren oder Koreaner waren? Nun, alle die oben genannten Gründe entsprechen der Wahrheit. Kommunistische Regime haben vermutlich Menschen hauptsächlich wegen ihrer Funktion in der Klassengesellschaft oder wegen angenommener militärischer Sicherheitsrisiken verfolgt. Koreaner, die in der Sowjetunion lebten, hatten beispielsweise grenzüberschreitende Verbindungen mit ihren Landsleuten in der von Japan kontrollierten Mandschurei, während ethnische Chinesen und Vietnamesen in Kambodscha vor dem Sieg der Roten Khmer sehr oft eine wichtige Rolle in der Wirtschaft gespielt haben. Aber nachdem der sowjetische Staat jeden einzelnen Koreaner als Sicherheitsrisiko eingestuft hatte, nachdem die Tschetschenen – ungeachtet dessen, was jeder individuelle Tschetschene gemacht oder nicht gemacht hatte – per Definition Staatsfeinde waren, nachdem die Roten Khmer angefangen hatten, sämtliche Chinesen und Vietnamesen in Kambodscha eo ipso als Staatsfeinde zu betrachten, wurden von diesen Regimen »rassistische« Identitäten geschaffen, die ursprünglich »nur« auf Klasse oder Ethnizität basiert hatten. Genozidäre Regime basieren, wie es gestern geäußert wurde, auf radikaler Simplifizierung: Sie reduzieren die Vielfalt menschlicher Identitäten auf eine einzige Form von Rasse, Religion oder Nation. Diese vereinfachten Identitäten sollen als angeblich natürliche und ewige Kategorien gelten – bis der Feind von der Welt verschwunden ist.

Trotz meiner sehr großen Achtung für Henri Locard, einen Mann, von dem ich enorm viel über Kambodscha erfahren habe – durch seine Bücher und in den Gesprächen, die wir in den letzten Tagen geführt haben –, möchte ich daran erinnern, dass Identitäten fließend sind. Ich glaube nicht, dass wir alle die Begriffe wie Politizid, Demozid, Kulturzid etc. benötigen. Ich finde, dass sie verwirrend sind und dass sie die Wirkung des Begriffs »Genozid« – immerhin der einzige Begriff von juristischer Bedeutung – schwächen. Die UN-Völkermordkonvention wurde von mehr als 140 Staaten unterzeichnet, die sich damit verpflichten »gesetzgeberische Maßnahmen zur Verhütung und Bestrafung dieses Verbrechen zu ergreifen«. Auch die Vereinigten Staaten waren dabei, allerdings dauerte es 40 Jahre bis der Senat die Konvention ratifizierte. Wir haben gehört wie unsere Kollegen von Ruanda und Südafrika argumentierten, dass wir auch über koloniale Genozide sprechen müssen, wenn wir uns dem Thema Genozid zuwenden. Thami Tisani zitierte Mahmood Mandani, um auf die Argumentation Hannah Arendts zu kommen, die sagte, dass eine untrennbare Verbindung zwischen Rassismus, wie er sich in den europäischen Kolonialreichen entwickelt hat, und dem Antisemitismus existiert: Der Holocaust sei eine Art Rückkehr des Imperialismus in Europa gewesen. Das sind wichtige Gesichtspunkte, die ich gerne bestätige. Hannah Arendt zog diese Schlussfolgerung ca. 1950 in ihrem Standardwerk »Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft«. Es dauerte etwa vierzig Jahre, bis Historiker, Literaturwissenschaftler und andere auf ihrer Erkenntnis aufbauten und angefangen haben, die empirische Grundlage für diese Position zu schaffen. Es ist wichtig, dass wir verstehen, wie europäische Ideen und politische Modelle in die Kolonien gelangt sind – durch die Schaffung rassistischer Kategorien durch die Belgier beispielsweise –, und wie diese politischen Modelle dann nach Europa zurückgekehrt sind – z. B. mit dem deutschen Massaker der Herero, eine Tat, die übrigens den Hereros, nicht den Armeniern, den unglücklichen Titel als erste Opfer eines Massenmords im 20. Jahrhundert verleiht. Wir müssen einen globalen Blick behalten.



Konferenzteilnehmer vor der niedersächsischen und schleswig-holsteinischen Landesvertretung.
Foto: Andrzej Bodek

Aber mit dem Thema Kolonialismus ist es nicht getan. Jean-Pierre Chrétien berichtete von der dezentralisierten Natur des Ruanda-Genozids. Und vom Publikum wurde Kritik an dem großartigen, vom Imperial War Museum produzierten Film geäußert: Er hätte nur die Mörder «an Ort und Stelle» gezeigt, aber keine der Eliten, die die Tötungen provoziert und organisiert hatten. Meines Wissens hat jeder Genozid im 20. Jahrhundert den gleichen Charakter – auch wenn die Verhältnisse der einzelnen Fälle sich unterscheiden: Es gibt immer die gleiche, merkwürdige Mischung aus zentraler Organisation und dezentralisierter Gewalt, aus elitärer Organisation und Beteiligung der Massen. Es sind genau diese Merkmale, die Genozide im 20. Jahrhundert so fatal machen. Staaten setzen Menschen ein als Brigadeführer, Sozialarbeiter und Pioniere, aber auch als Gefängniswärter, Wachmänner, Peiniger und Mörder, die die Brutalität des Genozids erfinden und durchführen. In allen Fällen dehnt sich der Kreis der Täter bis hin zur allgemeinen Bevölkerung aus. Dazu gehören auch diejenigen, die mit Freude zugeschaut haben, als die Nazis oder ihre Gehilfen Juden auf Marktplätzen und in Synagogen umbrachten, oder als serbische Truppen Muslime töteten. Das Eigentum von Juden, Krim-Tataren, Tschetschenen, Vietnamesen und bosnischen Muslimen wurde von Nachbarn und Zuschauern beschlagnahmt, von denen sie dann auch aus ihrer Heimat vertrieben wurden. Genozide in dem Ausmaß, wie wir sie im 20. Jahrhundert erlebten, waren nur möglich, weil diese Tausenden von Menschen mitmachten. Manche wurden zu aktiven Teilnehmern von Massentötungen, andere profitierten auf materielle und andere Art davon, dass ihre Nachbarn verschwanden. Und gerade weil Genozide soziale Projekte sind, haben die Nachfolgesellschaften und Staaten die große Last der Vergangenheit sowie die Auseinandersetzung mit der Erinnerung zu tragen.

Ich weiß, dass unsere heutige Welt aus Staaten besteht. Die gestrige Diskussionsrunde machte klar, dass Staaten und internationale Einrichtungen noch viel mehr Aktives unternehmen können, um Genozide zu verhindern. Aber Staaten, Nationalstaaten vor

allem, sind auch ein Teil unseres Problems. Gestern hat Yves Ternon den Idealismus der amerikanischen Präsidenten Jefferson und Wilson heraufbeschwört. Ich lasse Jefferson zu Seite. Wilson, muss ich gestehen, ist für mich kein politischer Held. Wilson war, meiner Meinung nach, ein politisches Desaster. Sein absoluter Glaube an die Bildung von Staaten, die auf bestimmten Nationalitäten basierten, führte zu ethnischen Konflikten und letztendlich zu einigen Genoziden im Europa des 20. Jahrhunderts.

Ist es also möglich, die brutale und korrupte Natur dieser Ereignisse hinter sich zu lassen, um sich eine Welt ohne Völkermord vorzustellen? Die Rassen- und Nationalideologien definieren die moderne Welt und durchdringen unser Bewusstsein so sehr, dass wir uns unsere Vergangenheit und Gegenwart kaum noch ohne sie vorstellen können. Sie sind jedoch Ideologien, sie sind Erfindungen. Das Wort »Rasse« existierte nicht vor dem späten 14. Jahrhundert in den europäischen Sprachen, und erst im 16. Jahrhundert wurde das Wort gebräuchlich. Das Wort »Nation« geht zwar weiter zurück, die Bedeutung von heute wurde jedoch erst in der modernen Zeit nach der französischen Revolution geprägt. Es gibt zwar keine unmittelbare, direkte Verbindung zwischen diesen zwei Begriffen und dem Phänomen Genozid – viele nationale und rassische Systeme sind »nur« diskriminierend und nicht mörderisch, und bei jedem einzelnen Fall müssen viele verschiedene historische Faktoren in Betracht gezogen werden – aber die Ideen von Rasse und Nation spielen bei den Genoziden im 20. Jahrhundert eine zentrale Rolle. Rassistisches Denken entstand in Zusammenhang mit den europäischen Entdeckungsreisen um das Jahr 1500 und entwickelte sich mit der Sklaverei in der Neuen Welt sowie mit den wissenschaftlichen, sozialen und politischen Entwicklungen des 18. Jahrhunderts weiter. Rassistisches Denken bietet überhaupt keine Grundlage für eine menschlichere, weniger gewalttätige Welt. Der Nationalstaat ist noch problematischer. Er bildete den Mittelpunkt der Volkssouveränität und der politischen Rechte in der Moderne. Dennoch nicht nur Rassenkonzepte, auch die Überzeugung, dass jeder Staat nur ein einzelnes Volk vertreten soll und dass nur diese Menschen innerhalb seiner Grenzen leben sollten, ist die Ursache für viele Tragödien gewesen, die wir diskutiert haben. Es dauerte 130 Jahre, von der französischen Revolution 1789 bis zu den Pariser Friedensverträgen nach dem Ersten Weltkrieg, bis das Konzept des Nationalstaats die zentrale politische Struktur des Westens wurde. Nochmals 40 Jahre dauerte es, bis die Kolonialreiche zu Ende gingen und der Nationalstaat universal wurde. In dieser sehr schnellen Welt, in der wir leben, müsste es doch möglich sein, dass die Rolle des Nationalstaats in den 50 Jahren verschwindend gering wird.

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen berief in den 90er Jahren zwei internationale Tribunale ein – eins in Den Haag für das ehemalige Jugoslawien, das andere in Arusha für Ruanda. Die Rechtsgrundlage war abgeleitet von der Völkermordkonvention, sowie von der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (angenommen von der UNO-Vollversammlung am 10. Dezember 1948, einen Tag nachdem die Konvention zur Verhütung und Bestrafung des Völkermords angenommen wurde) und von den Präzedenzfällen der Nürnberger und Tokier Kriegstribunale. In den Tribunalen von Den Haag und Arusha wurden führende Regierungsmitglieder Serbiens und Ruandas der Durchführung eines Genozids beschuldigt und dafür verurteilt. Außerdem wurden einige Haupttäter wegen »geringerer« Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit verurteilt. Diese Ereignisse sind sehr wichtig für die Fortentwicklung der internationalen Menschenrechte und relevant für die Themen, die während der

Konferenz diskutiert wurden. Wir bewegen uns langsam aber sicher auf eine neue internationale Ordnung zu, in der die Weltgemeinschaft mehr Bereitschaft zeigt, sich einzumischen, wenn es zu massiven Verstößen gegen die Menschenrechte kommt. Diejenigen, die so eifrig sind, Massenmorde zu begehen, werden in der Zukunft doch hoffentlich zwei Mal überlegen, wenn sie wissen, dass Gerichtssäle und Urteile auf sie warten. Wissenschaftler können endlos über die Schwächen der Massenmordkonvention diskutieren, aber ihre zunehmende zentrale Bedeutung für die internationale Politik und für die internationalen Menschenrechte – nachdem sie praktisch 40 Jahre ruhte – empfiehlt eine gewisse Vorsicht, bevor diese Konvention geistig auseinandergenommen und neu zusammengestellt wird.

Der ehemalige tschechische Präsident und Menschenrechtsbefürworter Václav Havel sprach von einer zukünftigen Übertragung der Macht vom Nationalstaat auf die oberen und unteren Ebenen, auf transnationale und globale Organisationen und auf die vielfältigen Einrichtungen der zivilen Gesellschaft. Er argumentiert, dass Staaten »viel einfachere und zivilisiertere Strukturen werden« sollten, anstatt Objekte emotioneller Zuneigung. Die globale Gemeinschaft, nicht der Nationalstaat, sollte den Kern der Souveränität bilden und der Ursprung und der Bewacher grundlegender Menschenrechte sein. Havels Standpunkt mag einem extrem idealistisch erscheinen, aber der moderne Nationalstaat, verwoben mit den Ideologien von Nation und Rasse, war die Ursache für die Genozide, die wir auf der Konferenz diskutiert haben und auch für viele andere Fälle massiver Menschenrechtsverletzungen, die in der ganzen Welt begangen wurden. Havels Misstrauen dem Staat gegenüber – vor allem wenn die Bevölkerung so viel Hoffnung und Leidenschaft in ihn steckt – ist verständlich. Er proklamiert keine zukünftige Utopie, sondern artikuliert ein langfristiges politisches Projekt, das in mancher Hinsicht in den späten 1940er Jahren mit der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte in der UNO schon begonnen hat: die Behauptung und Sicherung der Grund- und Menschenrechte nicht nur auf der Ebene der einzelnen Staaten, sondern auch für die internationale Gemeinschaft. Die beachtlichen Fortschritte der letzten Jahre in der Durchsetzung der Menschenrechte, insbesondere durch die Tribunale von Den Haag und Arusha und jetzt durch die Gründung des Internationalen Strafgerichtshofs, aber auch durch die Tätigkeit von NGOs und die Arbeit, die Menschen in Museen, Gedenkstätten, und Schulen leisten – dies alles ist als politische Vision die beste Voraussetzung, sicherzustellen, dass Genozide ein Teil unserer Geschichte, aber nicht unserer Gegenwart bleiben.

Professor Dr.
Eric D. Weitz, Historiker,
ist Direktor des Center
for German and
European Studies an
der University of
Minnesota (USA).

Ein Haus mit vielen Gesichtern

DAS POLIZEIPRÄSIDIUM WUPPERTAL
ALS LOKALE TOPOGRAFIE DES NS-TERRORS UND
HISTORISCHER LERNORT

Michael Okroy

Das im September 1939 aus Geheimer Staatspolizei, Kriminalpolizei und SD, dem Sicherheitsdienst der SS, gegründete Reichssicherheitshauptamt (RSHA) mit Reinhard Heydrich ist zweifellos als die zentrale Terror- und Mordinstitution im NS-Staat anzusehen.¹ Sie war seit ihrer Einrichtung nicht nur verantwortlich für beinahe alle Verfolgungs-, Deportations- und Vernichtungsmaßnahmen sowohl in Deutschland selbst als auch in den von der Wehrmacht besetzten Ländern West-, vor allem jedoch Osteuropas; aus ihrem vergleichsweise schmalen Personalreservoir rekrutierte das RSHA auch den Großteil der Kommandeure und Führungsoffiziere der Einsatzgruppen und -kommandos der Sicherheitspolizei und des SD in den besetzten Ländern und die Leiter der dortigen regionalen Gestapostellen. Die von Ulrich Herbert und Michael Wildt ausgemachte Kerngruppe der nationalsozialistischen Verfolgungs- und Vernichtungspolitik entstammt nahezu ausnahmslos aus den Reihen des RSHA-Führungspersonals.

Das so genannte »Prinz-Albrecht-Gelände« im Zentrum Berlins, wo das RSHA einst residierte, beherbergt heute die provisorische Ausstellung »Topographie des Terrors«, die in absehbarer Zukunft in das in Vorbereitung befindliche Zentrum zur Dokumentation und Erforschung vor allem der Täter und Täterinstitutionen im Nationalsozialismus integriert werden soll. Daneben sind in Deutschland in den zurückliegenden Jahren zahlreiche dezentrale Topografien des NS-Terrors entstanden. Sie beziehen sich zumeist auf Orte in einer Stadt oder einer Region, an denen sich die nationalsozialistische Verfolgungs- und Vernichtungspolitik anschaulich dokumentieren lässt: z. B. ehemalige Konzentrationslagerstätten, Zwangsarbeiterunterkünfte, Justiz- und Polizeigebäude oder lokale bzw. regionale Gestapozentralen.

Das Polizeipräsidium Wuppertal als regionale Gestapo-Zentrale, alliiertes Internierungslager und »Neues Rathaus«

Ein solcher lokaler Ort, an dem sich die verbrecherische Politik des NS-Staates gegenwärtigen lässt, ist das Polizeipräsidium der Stadt Wuppertal, die mit rund 380 000 Einwohnern das Oberzentrum der Region Bergisch Land (NRW) bildet. Das dortige Präsidium wurde Ende Oktober 1939 – am Vorabend des 2. Weltkriegs – nach dreijähriger Bauzeit in Betrieb genommen und ist eines der wenigen noch erhaltenen NS-Funktionsbauten in dieser Stadt. Seit Ende der 1930er Jahre dient das Gebäude nahezu ununterbrochen als Sitz einer Polizeibehörde, deren Zuständigkeit neben Wuppertal auch die Städte Remscheid und Solingen sowie mehrere Nachbargemeinden umfasst. Von 1939 bis 1945 residierten in diesem im klassischen Funktionalstil errichteten Bau zudem die für das bergische Städtedreieck zuständige Außenstelle Wuppertal der Staatspolizei-(leit)stelle Düsseldorf und der lokale Sicherheitsdienst der SS. Durch diese Konzentration der Dienststellen von Sicherheitspolizei (Gestapo und Kripo) und SD unter einem Dach avancierte das Polizeipräsidium Wuppertal nicht nur zur regionalen Zentrale der



Das Polizeipräsidium
Wuppertal in
den 1950er Jahren
Foto: Staatsarchiv
Wuppertal

nationalsozialistischen Verfolgungsbehörden; die zunächst aus pragmatischen Gründen erfolgte Zentralisierung ließ sich im übertragenden Sinn auch als sinnfälliger Ausdruck der von Himmler und Heydrich seit Mitte der 1930er Jahre forcierten institutionellen Verschmelzung von Polizei, SS und Gestapo interpretieren. Im September 1936 hatte der »Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei« nämlich per Erlass den »unverzüglichen Beginn« des bereits seit längerem geplanten Präsidiums angeordnet. Bis dahin waren sämtliche Polizeidienststellen dezentral und in provisorischen Behausungen untergebracht. Dass Wuppertal als westdeutsche Großstadt und Zentrum eines ungemein bevölkerungsreichen Polizeipräsidiabezirks selbst drei Jahre nach dem Machtantritt Hitlers noch immer nicht über einen Ort verfügte, an dem auch in baulicher Hinsicht die neue Rolle der Polizei als Instrument der »Führerexekutive« ablesbar war und die institutionelle Machtfülle der neuorganisierten Sicherheits- und Verfolgungsorgane wirkungsvoll demonstriert werden konnte, musste aus Sicht der Berliner Zentrale zwangsläufig als Widerspruch zu Himmlers und Heydrichs Polizeikonzeption empfunden werden. So besaß dieser »Bauerlass« vom September 1936 neben einer pragmatischen auch eine zweifellos staatspolitische Relevanz. Als schließlich im Januar 1940 das über 700 Räume umfassende Gebäude der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, sahen die regionalen Zeitungen darin ein »eindrucksvolles Denkmal nationalsozialistischen Bauens« und beschrieben das Präsidium als »wohlgelungenen Monumentalbau, in dem sich Schönheitssinn und Zweckmäßigkeit glücklich vermählt« haben.

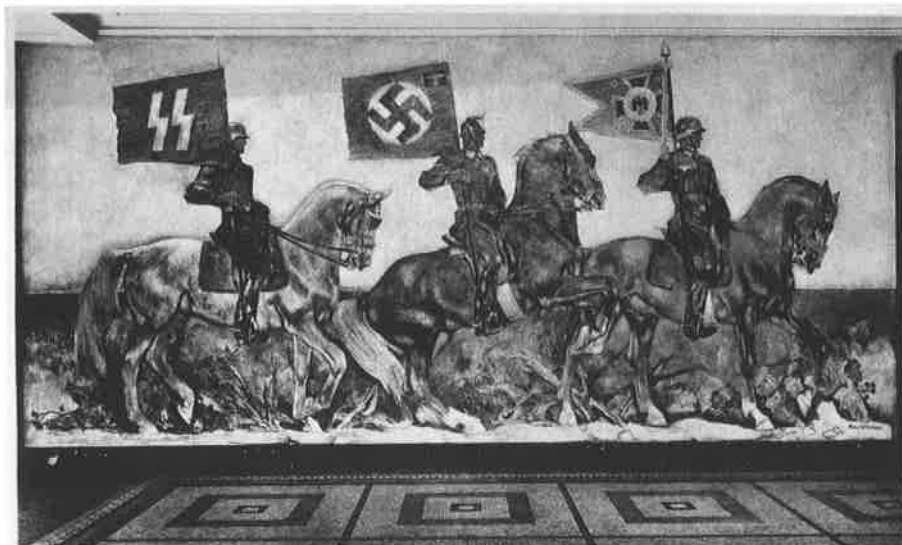
Unmittelbar nach dem Krieg nahmen dann die alliierten Besatzungsbehörden das riesige Gebäude in Beschlag, richteten dort zahlreiche Dienststellen ein und nutzten das rund 100 Haftzellen umfassende Polizeigefängnis vorübergehend als »temporary camp«, als Internierungslager für NS-Funktionäre. Seit Dezember 1945 diente das Präsidium außerdem lange Jahre als Ersatzgebäude für das stark bombenbeschädigte Wuppertaler Rathaus. Der große, in unmittelbarer Nachbarschaft der früheren Gestaporäume gelegene Festsaal des Polizeipräsidiiums, in dem damals die gewählten Stadtverordneten tagten, wurde zu einem zentralen Ort der Redemokratisierung einer

Großkommune. Neben den britischen Militärdienststellen beherbergte das Präsidium während dieser Jahre nahezu alle Ämter der Stadtverwaltung, u.a. die lokale Entnazifizierungsbehörde sowie die Stadtkreispolizei. Von Oktober 1967 bis März 1968 war der große Präsidiumssaal schließlich Schauplatz eines überregional beachteten NS-Massenmordprozesses gegen ehemalige Angehörige eines Ordnungspolizeibataillons.

»Wir wollen nicht vergessen!« – Ein Täter-Ort im historischen Gedächtnis der Stadt

Diese wenigen Informationen skizzieren in groben Zügen die überaus wechselhafte und widersprüchliche Geschichte des Wuppertal Polizeipräsidiums. Wie an keinem anderen Ort in dieser Stadt lassen sich dort nicht nur zentrale Aspekte der nationalsozialistischen Verfolgungs- und Vernichtungspolitik, sondern auch der entscheidenden Jahre nach 1945 und sogar des Versuchs einer justitiellen Aufarbeitung von NS-Verbrechen wie in einem Brennpunkt bündeln, dokumentieren und unter historisch-didaktischen Gesichtspunkten vermitteln. Dass dieser in hohem Maße ideologisch kontaminierte Ort allerdings jahrzehntelang eine ‚Leerstelle‘ in der lokalen Gedenktopografie des Nationalsozialismus markierte und erst schrittweise historisch erschlossen worden ist, verweist auf das virulente Problem, sich auf regionaler und lokaler Ebene eines expliziten Täter-Orts anzunehmen und diesen im historischen Gedächtnis einer Stadt zu verankern. Vor allem das offizielle Erinnerungsbemühen der Kommunen war – und ist vielfach immer noch – auf jene Orte beschränkt, die mit den Opfern der NS-Politik in Verbindung stehen. Wenn es Gedenkfeierlichkeiten anlässlich bestimmter historischer Ereignisse und Daten gibt, finden diese zumeist an Standorten ehemaliger Synagogen oder an Mahnmälern aus der Nachkriegszeit statt. Dies trifft auch auf Wuppertal zu, wo man über viele Jahre zwar gerne an den hartnäckigen Widerstand einer starken Linksopposition erinnerte, darüber aber vergaß, dass die Stadt in den 1920er Jahren zugleich das wichtigste Zentrum der NS-Bewegung in Westdeutschland gewesen war und zahlreiche prominente NS-Funktionäre (Joseph Goebbels, Karl Kaufmann, Erich Koch, Victor Lutze) dort ihre politische Karriere begonnen hatten. So sehr diese Focussierung auf den Widerstand und die Opfer des NS-Regimes auch ihre erinnerungspolitische Berechtigung haben mochte: In der Konsequenz führte diese einseitige Perspektive letztlich zu einer kollektiven Entlastung und förderte die Ignoranz gegenüber der Verantwortung für das NS-Unrecht. Denn mit der nahezu ausschließlichen Zentrierung der öffentlichen Erinnerung auf die Leidtragenden, gerieten das Gros der Täter und der Mittäter sowie die vielen Mitläufer, Zuschauer, Komplizen und Profiteure des NS-Regimes aus dem Blickfeld. Und damit auch jene städtischen, staatlichen und privaten Institutionen, die am bürokratisch organisierten Prozess der Entrechtung, Verfolgung, Beraubung und Ermordung beteiligt gewesen sind. Zu diesen Institutionen zählen natürlich primär die Polizei- und Justizbehörden, aber auch Krankenhäuser, Gesundheitsämter, Stadtverwaltungen, Finanz- und Zollbehörden, das Arbeitsamt und die Industrie- und Handelskammern. Dieses Ausblenden individueller und institutioneller Verantwortung für begangene Untaten und unterlassene Hilfeleistung während der NS-Zeit dokumentiert zugleich das »Unvermögen, Relikten der Täterwelt offen ins Gesicht zu sehen, und war und ist mit dem Unwillen gepaart, Spiegelbilder eigener Verstrickung zu erkennen.«²

Den ersten Impuls, die wechselhafte Geschichte des Polizeipräsidiums Wuppertal ins öffentliche Bewusstsein zu bringen, gab eine öffentliche Veranstaltung im Herbst



Polizeipräsidium in Wuppertal Wandmalerei im Treppenaufgang

Wandbild »Die Neue Zeit« im Polizei-
präsidium Wuppertal
Foto: Stadtarchiv
Wuppertal

1997, zu der die Begegnungsstätte Alte Synagoge gemeinsam mit dem damaligen Polizeipräsidenten eingeladen hatte. Anlass war der so genannte Wuppertaler Bialystok-Prozess, der im Oktober 1967 eröffnet wurde und der aus Platzgründen in den großen Saal des Polizeipräsidioms verlegt werden musste. Vor dem Schwurgericht standen damals vierzehn ehemalige Angehörige des Polizeibataillons 309, die sich wegen der Ermordung von über 1000 Juden aus Bialystok im Juni 1941 zu verantworten hatten.³ Zwei der Hauptangeklagten stammten aus Wuppertal, einer von ihnen war zum Zeitpunkt seiner Verhaftung Führer einer Wuppertaler Bereitschaftspolizeihundertschaft und gleichzeitig Lehrer an der Landespolizeischule »Erich Klausener« in Bork. Die überwältigende Resonanz auf diese Podiumsveranstaltung, an der u.a. der damalige Vorsitzende Richter, Prozessbeobachter und der Ermittler des LKA (NRW) teilnahmen, aber auch die während der Diskussion offenkundig werdenden Schwierigkeiten einiger Polizeibeamter, die von Polizeieinheiten begangenen Verbrechen als Teil »ihrer« Geschichte zu akzeptieren, war ein entscheidendes Initial. Wuppertals damals amtierender Polizeipräsident Koehler bekannte nicht nur freimütig, dass die Angeklagten »Polizeibeamte aus unserer Stadt waren«⁴; angesichts des großen Publikumsinteresses an den Tätern und der Rolle der Ordnungspolizei während des Krieges, sicherte er zudem die Unterstützung seiner Behörde bei weiteren Initiativen dieser Art zu. Mit dieser denkwürdigen Veranstaltung am authentischen Ort des Bialystok-Prozesses war der erste Schritt getan, das Polizeipräsidium in der Öffentlichkeit als historischen Lernort zu etablieren.

Ein Jahr brauchte es allerdings, bis sich im Herbst 1998 erstmalig eine interdisziplinäre Arbeitsgruppe im Wuppertaler Polizeipräsidium zusammenfand, um über weitere Möglichkeiten der historischen Erschließung dieses Ortes zu beraten. Anlass war der bevorstehende 60. Jahrestag der offiziellen Inbetriebnahme des Polizeipräsidioms im September 1999. Zehn Jahre zuvor, zum 50. Jahrestag, hatte sich der Wuppertaler Polizeipräsident noch nicht damit anfreunden können, auf dieses Datum historisch verantwortungsbewusst zu reagieren. Eine offizielle Jubiläumsveranstaltung an einem Ort, der mit den NS-Verbrechen untrennbar verknüpft ist, kam für ihn damals, 1989, nicht

in Frage. So blieb das Polizeipräsidium weiterhin ein erinnerungspolitisches Desiderat, da es offenbar seinerzeit an Ratgebern und konstruktiven Ideen für ein »Jubiläum« fehlte, das auf selbstkritische und reflektierende Weise der einstmaligen Funktion dieses Gebäudes als Gestapozentrale gerecht würde. Die im Herbst 1998 auf Anregung der Begegnungsstätte Alte Synagoge eingerichtete Arbeitsgruppe, an der regelmäßig u.a. der Polizeipräsident, zwei Historiker und ein Vertreter des städtischen Presseamts teilnahmen, hatte sich drei konkrete »Projekte« vorgenommen: Erstens sollte zum 60. Jahrestag des Präsidiums eine Gedenk- und Erinnerungstafel angebracht werden; zweitens sollte eine umfassende Dokumentation der Bau- und Funktionsgeschichte des Polizeipräsidiums angeregt werden und drittens sollten aus dieser Arbeitsgruppe wirksame Anstöße zu systematischen Forschungen über die Wuppertaler Polizei während der NS-Zeit ausgehen. Die heterogene Zusammensetzung der Arbeitsgruppe und die bei allem Sachengagement doch recht großen inhaltlichen Differenzen und Vorstellungen der Teilnehmer führten indes dazu, das geplante Arbeitspensum auf ein realisierbares Maß zu beschränken. Bei den nachfolgenden Treffen der Gruppe konzentrierten sich die Gespräche deshalb weitgehend darauf, ein würdiges und zeitgemäßes Erinnerungszeichen zu schaffen.

Das Ergebnis der sehr konstruktiven und oft kontroversen Gespräche war eine Gedenktafel, die bewusst auf jegliche Pathosformeln und Betroffenheitsfloskeln verzichtet und statt dessen dem Betrachter ein Mindestmaß an historischer Information über die Bedeutung des Polizeipräsidiums als lokaler »Topografie des NS-Terrors« vermittelt. Zudem einigte sich die Arbeitsgruppe nach einigen Schwierigkeiten darauf, die von der Wuppertaler Gestapo verfolgten Opfergruppen ausdrücklich beim Namen zu nennen und diese nicht – wie immer noch vielfach üblich – durch einen kollektiven Sammelbegriff (z. B. »den Opfern«) zu anonymisieren. Ferner verständigten sich die Teilnehmer nach einer kontroversen Diskussion auf eine zeitgemäße formale Gestaltung des Erinnerungszeichens. Anstatt der konventionellen Ausführung in Bronze oder einem ähnlich pathetischen Material, wählte man ein transparentes Kunstglas. Trotz aller Übereinstimmung in der Intention stießen jedoch zwei im Zuge der Diskussionen vorgebrachte Überlegungen bei einigen Teilnehmern der Arbeitsgruppe auf heftigen Widerstand. Die eine Überlegung sah vor, auf der Gedenktafel neben der Gestapo auch die »normale« Polizei als Täter-Institution zu benennen. Damit sollte der bequemen Verlagerung der Verantwortung für die NS-Verbrechen allein auf die Geheime Staatspolizei entgegengewirkt werden. Die andere sehr heftig geführte Debatte entzündete sich an dem Vorschlag, auf der Gedenktafel auch zu erwähnen, dass nachweislich eine Reihe der im Gefängnis des Polizeipräsidiums inhaftierten und in KZ deportierten Personen zuvor denunziert worden waren. Der Versuch, mit der textlichen Ergänzung um den Aspekt »Denunziation« zur kritischen Selbstaufklärung beizutragen und die Verantwortung für begangenes Unrecht im übertragenen Sinn an den Betrachter der Gedenktafel zurückzugeben, wurde von einigen Gesprächsteilnehmern als eine Art Frontalangriff auf die kollektive Mentalität der (Wuppertaler) Bevölkerung aufgefasst. Trotz hartnäckiger und fundierter Argumentation auf der Basis historischen Quellenmaterials war dieser Vorschlag nicht durchsetzbar.

Am 1. September 1999 schließlich wurde im Rahmen einer öffentlichen Gedenkveranstaltung das Erinnerungszeichen am Portal des Polizeipräsidiums enthüllt. Der mit dieser symbolischen Zeremonie verbundene Imperativ, ausgedrückt in der Überschrift der



Ehrung im Polizeipräsidium: Die von dem Kripobeamten Paul Kreber geretteten Sinti Johann, Paul und Helmut Weiss spielen für »Zigeuner-Paul«.
Foto:
Christoph Schönbach

Tafel »Wir wollen nicht vergessen!«, bereitete aber die nächste Etappe der Erschließung des historischen Lernorts Polizeipräsidium vor. Im Frühjahr 1943 wurden infolge des von Himmler herausgegebenen »Auschwitz-Erlasses« vom Dezember 1942 die noch im Deutschen Reich verbliebenen, als »rassisch minderwertig« und »asozial« eingestuften Sinti und Roma verhaftet und anschließend in das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau deportiert. Die Organisation und Durchführung oblag dem Berliner Reichskriminalpolizeiamt, das seine Befehle und Weisungen an die regionalen und lokalen Kripostellen weitergab. Anfang März 1943 fanden auch in Wuppertal Verhaftungsaktionen an den Wohnorten der »Zigeuner« statt. Durch eine riskante Rettungsaktion des Polizeibeamten Paul Kreber blieben jedoch einige Sintifamilien vor der Deportation bewahrt. Kreber versah seinen Dienst beim Erkennungsdienst der Kripo, wo er zu Zugang zu den Verhaftungs- und Deportationslisten hatte. Diese nahm er unbemerkt mit nach Hause und manipulierte sie, indem er einige Namen von der Liste strich. Andere Sinti ließ er durch einen Mittelsmann warnen und besorgte einigen von ihnen nach der Verhaftungsaktion sogar falsche Ausländerpässe. Auf Initiative der durch ihn geretteten »Zigeuner« und des Zentralrats der Deutschen Sinti und Roma erhielt Paul Kreber 1988 das Bundesverdienstkreuz. In seiner Wahlheimatstadt Wuppertal, in der er noch bis 1966 als aktiver Polizist tätig war, war dies nur am Rande zur Kenntnis genommen worden. Eine Würdigung oder Erinnerung an dieses außergewöhnliche und nachgerade beschämende Beispiel von Zivilcourage und humanem Handeln fand nicht statt.

Diese Form der Geschichtsvergessenheit lieferte das Motiv, mit einer symbolischen Geste jenes Kriminalbeamten zu gedenken, der angesichts gesellschaftlicher Verrohung, Passivität und Gleichgültigkeit bewiesen hatte, dass es selbst innerhalb des NS-Verfolgungsapparates individuelle Spielräume für moralisch überlegene und humane Entscheidungen gab. Einmal mehr bewährte sich die kooperative und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen der Begegnungsstätte Alte Synagoge und dem Polizeipräsidenten. Förderlich wirkte sich allerdings ebenso aus, dass durch die im Jahr 2000 verstärkt

einsetzende Welle rechtsradikaler und rassistischer Gewalt Bürger und Politiker alarmiert und Initiativen zur Förderung von Zivilcourage begierig aufgegriffen wurden. Nach einigen vorbereitenden Gesprächen entstand vor diesem Hintergrund eine aus öffentlichen Mitteln geförderte Erinnerungstafel, die am 1. Dezember 2000 im Rahmen einer kleinen Feierstunde enthüllt wurde. Während auf der ein Jahr zuvor angebrachten Tafel eine Täter-Institution und die von ihr verfolgten Opfergruppen im Zentrum stand und als symbolische Geste bewusst auch nach außen, an die städtische Öffentlichkeit gerichtet war, sollte nun das konkrete Handeln einer Einzelperson im Mittelpunkt stehen. Das an einem von Polizeiangehörigen stark frequentierten Ort im Inneren des Präsidiums angebrachte Erinnerungszeichen war aber zugleich nach Innen, in die Polizeibehörde hinein, gerichtet, zumal das Gedenken auch einer bis heute (polizeilich) stigmatisierten Minderheit galt.

Es verwundert daher nicht, dass bereits im Vorfeld dieser Veranstaltung zur Erinnerung an Paul Kreber und die Zigeunerverfolgung durch die Polizei deutliche Zeichen der Ablehnung und Skepsis laut wurden. Gleichwohl hatten die beiden 1999 und 2000 realisierten Gedenk- und Erinnerungszeichen innerhalb des Polizeipräsidiums eine Bereitschaft zur Übernahme historischer Verantwortung signalisiert und einen inzwischen irreversiblen Prozess beschleunigt. So ist das Polizeipräsidium seit dieser Zeit ein fester Bestandteil der von der Begegnungsstätte Alte Synagoge regelmäßig durchgeführten Stadt- und Ortsführungen zur NS-Geschichte. Regelmäßig werden auch Besucher, zumeist Lehrer- und Schülergruppen, durch das Haus geführt. Seit September 2002 arbeitet unter fachlicher Leitung des Autors ein gymnasialer Geschichts-LK an einem Projekt zur Wuppertaler Polizei in der NS-Zeit. Bemerkenswert ist sicher auch, dass der diesjährige, städtisch organisierte und von Schulen gestaltete Gedenktag zur Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar im ehemaligen Festsaal des Polizeipräsidiums stattgefunden hat.

Entsorgen oder bewahren? –

Der schwierige Umgang mit NS-Wandbildern in einem Polizeipräsidium

Die hier genannten Beispiele der auf das Polizeipräsidium Wuppertal bezogenen Initiativen haben zum einen das Bewusstsein für die historische Dimension dieser »Topografie des NS-Terrors« inmitten der Stadt deutlich geschärft, zum anderen das streng und abweisend wirkende Gebäude, das viele Menschen immer noch mit gemischten Gefühlen betreten, für die Öffentlichkeit gleichsam zugänglicher gemacht und sukzessive erschlossen. Erfreulicherweise wurden diese Initiativen stets auch von den lokalen und regionalen Medien positiv aufgegriffen und durch eine – zuweilen bemerkenswert fundierte – Berichterstattung begleitet. Ein unmittelbar praktisches Resultat dieser Bemühungen war die Einbeziehung des Polizeipräsidiums in das Veranstaltungsprogramm anlässlich des alljährlich stattfindenden »Tag des offenen Denkmals« im September 2000. Vor wenigen Jahren wäre es noch undenkbar gewesen, das seit 1985 als Denkmal eingetragene Gebäude für das breite Publikum zu öffnen. Zwischen 1936 und 1939 erbaut, weist das Präsidium im Inneren eine auf beachtlich hohem künstlerischen und handwerklichen Niveau durchgeführte Raumgestaltung auf, der unübersehbar ein eindeutig ideologisches Programm eingeschrieben ist. Zu dieser Hinterlassenschaft des »Dritten Reiches« gehören auch zwei großformatige und komplementär aufeinander bezogene Wandbilder mit den Titeln »Die Alte Zeit« und »Die Neue Zeit«. Sie wurden

im Herbst 1999 bei Restaurierungsarbeiten der Denkmalbehörde wiederentdeckt und sukzessive freigelegt. Ausgeführt wurden sie von dem bedeutenden Historienmaler und Düsseldorfer Akademieprofessors Hans Kohlschein. Die »Alte Zeit« zeigt drei Ritter auf Pferden mit den Bannern der Grafschaften Mark, Berg und Jülich. Die Wandmalerei verweist damit auf ein für die Geschichte des Bergischen Landes als Region bis in die Gegenwart hineinwirkendes und identitätsstiftendes Ereignis, und zwar die legendäre Schlacht von Worringen am 5. Juni 1288. In dieser Schlacht hatten sich die genannten Grafschaften mit der Stadt Köln gegen den Kölner Erzbischof Siegfried von Westerburg und einige niederrheinische Landesherren siegreich verbündet. Die »Neue Zeit« zeigt dagegen drei Reiterfiguren in den Uniformen und mit den Standarten von SS, Wehrmacht und Polizei, den drei tragenden Machtinstitutionen des NS-Staates. Die beiden monumentalen Allegorien lassen sich als ein zum Bildprogramm verdichtetes ideologische Konzept des »tausendjährigen Reichs« lesen.⁵

Einen Schlüssel zur Deutung der beiden Wandbilder im Polizeipräsidium ist das in der abendländischen Bild- und Texttradition zu höchster Kunst und als universelles Erklärungsmodell entwickelte Interpretationsschema von Typus und Antitypus, d. h. die Bezogenheit von Altem und Neuem Testament, von Verheißung und Erfüllung. Nach diesem typologischen Muster findet die Verheißung des AT ihre Erfüllung in der Person Christi. Vor diesem hier nur andeutungsweise skizzierten Hintergrund lässt sich der Gehalt der beiden Wandbilder als Prozess einer Transformation abendländisch-religiöser Bildvorstellungen in den Kontext des Nationalsozialismus als neuer Religion beschreiben.⁶ Die ideologische Botschaft der Bilder »Alte Zeit« und »Neue Zeit« wäre demnach so zu lesen: Die profane, auf Machterhalt und Gebiets-erweiterung bezogene Verheißung, die mit der Schlacht von Worringen im Jahr 1288 verbunden war, also die »Alte Zeit«, hat im nationalsozialistischen Staat, im »tausendjährigen Reich« ihre Erfüllung gefunden. Als machtgestützte und treuergebene Kämpfer und Garanten dieser »Neuen Zeit«, in der rassepolitisch motivierte Weltanschauungskriege an die Stelle anachronistischer Territorialkonflikte treten, figurieren SS, Wehrmacht und Polizei.

Diese und zwei weitere von Hans Kohlschein für das Polizeipräsidium geschaffene Wandbilder zählen nicht nur zu den umfangreichsten profanen Malereizyklen der 1930er Jahre im Rheinland; bei den Allegorien »Alte Zeit« und »Neue Zeit« handelt es zudem um einzigartige und für die Geschichte des Wuppertaler Polizeipräsidi-ums in hohem Maße aufschlussreiche Zeugnisse aus der NS-Zeit. Darüber hinaus dokumentiert ihr aktueller Zustand auch einige von den alliierten Besatzungssoldaten verursachte Beschädigungen, die in ihrer Prägnanz und Eindeutigkeit gleichsam einen »Kommentar« der Befreier und neuen Hausherrn im Präsidium darstellen und damit selbst zu histo-rischen Zeugnissen geworden sind. Wenige Monate nach abgeschlossenen Freilegung der Bilder kam im Sommer 2001 im Polizeipräsidium Wuppertal auf Anregung der Begeg-nungsstätte eine Expertenrunde aus Denkmalschützern, Regierungspräsidium und Polizei-behörde zusammen, um gemeinsam mit Historikern und Gedenkstättenmitarbeitern

Die 1999 angebrachte Gedenktafel am Portal des Polizeipräsidi-ums. Foto: Stadtarchiv Wuppertal



über Möglichkeiten einer Sicherung und historisch fundierten Dokumentation der NS-Wandbilder zu beraten. Konsens bestand seinerzeit darin, die Wandbilder zunächst denkmalgerecht zu sichern und teilweise zu rekonstruieren. In einem zweiten Schritt sollten die Wandbilder dann mit ihren unterschiedlichen »Zeit-Spuren« in den Gesamtkontext der Bau- und Funktionsgeschichte des Polizeipräsidiums integriert, historisch kommentiert und schließlich der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Ob allerdings dieses anspruchsvolle Vorhaben tatsächlich umgesetzt wird, steht derzeit in den Sternen. Seit fast einem Jahr stockt die Arbeit an dem Wandbild-Projekt; weitere und konkrete Realisierungsschritte haben seitdem nicht mehr stattgefunden. Inzwischen ist sogar gerüchteweise davon die Rede, dass die zuständigen Landesbehörden – Regierungspräsidium und Bau- und Liegenschaftsbetrieb – das vereinbarte Ziel von ihrer Prioritätenliste gestrichen haben. Es scheint also, dass ein bundesweit wohl einmaliges und als Modell taugliches Projekt, nämlich die historisch fundierte Aufbereitung und Dokumentation bildnerischer Hinterlassenschaften aus der NS-Zeit in einem öffentlichen Behördenbau, auf halbem Wege abgeblockt wird. Ein mögliches Alternativ-Szenario könnte jetzt so aussehen: Mit dem Argument leerer Kassen wird jetzt die ursprünglich von der Polizeibehörde und von der staatlichen Liegenschaftsverwaltung favorisierte Empfehlung, die Bilder reversibel zu überstreichen, als Lösung offeriert. Diese Form einer zweiten »Entnazifizierung« des Polizeipräsidiums (nach der ersten Überstreichung in den 1950er Jahren) wäre allerdings ein gewaltiger Rückschritt gegenüber dem bis dato erreichten Stand der historischen Erschließung dieses Gebäudes.

Mit den bisherigen erinnerungspolitischen Bemühungen haben die beiden Wuppertaler Polizeipräsidenten und die zuständigen Landesbehörden sowohl Bereitschaft zur Übernahme geschichtlicher Verantwortung als auch Mut für weitergehende Schritte signalisiert. Diese Bereitschaft, sich der wechselhaften und widersprüchlichen Geschichte des Polizeipräsidiums zu stellen und sie kritisch aufzuarbeiten, muss sich nun aktuell im Umgang mit den NS-Wandbildern in diesem Hause beweisen – auch und erst recht unter erschwerten finanziellen Rahmenbedingungen.

Michal Okroy, Literatur- und Sozialwissenschaftler, arbeitet freiberuflich im Bereich Recherche und Dokumentation zur Zeitgeschichte und als freier Mitarbeiter an der Begegnungsstätte Alte Synagoge Wuppertal.

Anmerkungen

- 1 Michael Wildt: Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes. Hamburg 2002.
- 2 »Un-Orte im Untergrund.« Frankfurter Rundschau vom 14. 7. 2000.
- 3 Michael Okroy, »Man will unserem Batl. was tun ...«- Der Wuppertaler Bialystok-Prozeß 1967/68 und die Ermittlungen gegen Angehörige des Polizeibataillons 309, in: Alfons Kenkmann/Christoph Spieker (Hg.): Im Auftrag. Polizei, Verwaltung und Verantwortung. Begleitband zur gleichnamigen Dauerausstellung – Geschichtsort Villa ten Hompel. Essen 2001, S. 301–317.
- 4 »Die Mordbrenner kamen aus den eigenen Reihen.« Frankfurter Rundschau vom 30. 10. 1997.
- 5 Michael Okroy: Allegorie mit Hakenkreuz und Rune – Zum Fund eines NS-Wandgemäldes im Polizeipräsidium Wuppertal, in: Kenkmann/Spieker (Hg.), a.a.O., S. 318–324.
- 6 Vgl. Michael Ley/Julius H. Schoeps (Hg.), Der Nationalsozialismus als politische Religion. Bodenheim b. Mainz 1997.